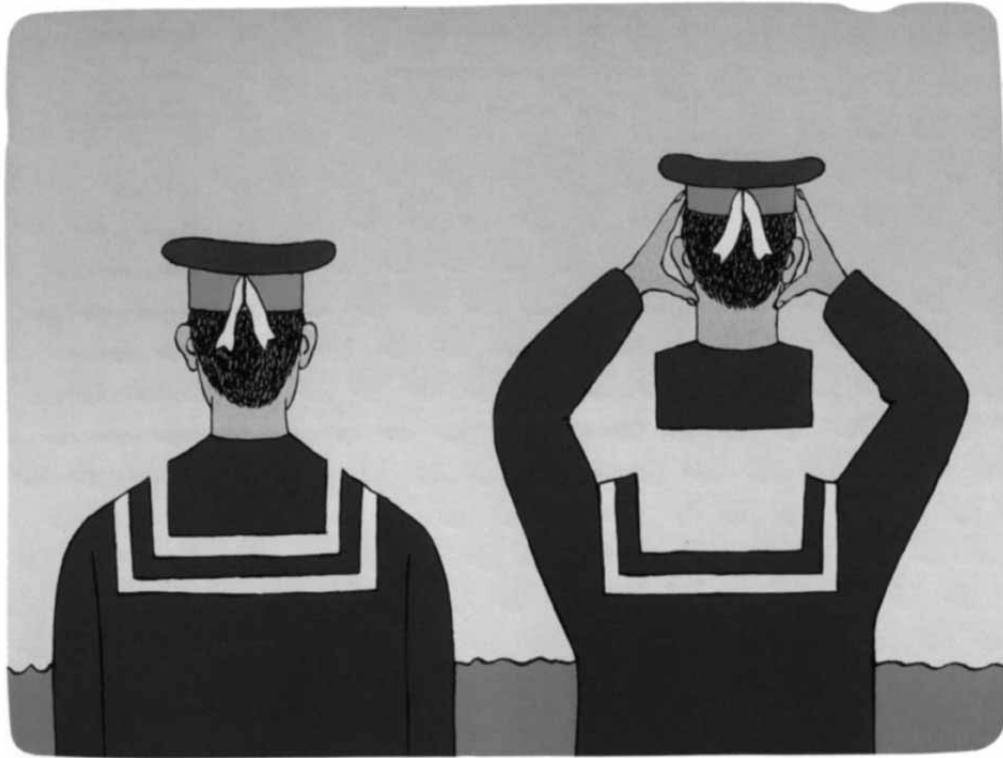


Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- *Große Verluste der PDS – rot-rote Reformpolitik unter schwerem Druck – Seite 4*
- *Erfolge für linke Wahlantritte in Niedersachsen – Seite 8*
- *Libanonkrieg: Deutschland schifft sich ein – Seite 9*
- *Streik an der Charité ohne Ärzte – Seite 15*
- *Ratzingers Wort – Seite 18*

Ausgabe Nr. 19 am 22. September 2006, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 624701, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.:

BIZ:

Bank:

Unterschrift:

Ein senden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

SPD-Mindestlohnkonzept

Berliner Zeitung, 13. und 14.9. rül. Eine Arbeitsgruppe des SPD-Präsidiums unter Leitung von Andrea Nahles hat in enger Abstimmung mit den Vorständen der meisten DGB-Gewerkschaften ein Konzept zur Zurückdrängung des Niedriglohnsektors entworfen. „Aus sozialen und ökonomischen Gründen muss der Niedriglohnsektor zurückgedrängt werden“, heißt es darin. Kern des Papiers ist ein zweistufiges Verfahren zur Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen. Zunächst soll versucht werden, das in der Bauwirtschaft bereits praktizierte „Arbeitnehmer-Entsendegesetz“ auf andere Wirtschaftsbereiche auszudehnen, wie zuletzt bei den Gebäudereinigern. Bedingung für eine solche Ausdehnung ist, dass auch die Arbeitgeberverbände zustimmen. Bisher ist nur aus der Zeitarbeitsbranche eine solche Neigung bei Teilen der Arbeitgeber bekannt, wo sich einige große Zeitarbeitsfirmen auf diesem Weg Schmutzkonkurrenz aus den eigenen Reihen vom Hals schaffen wollen. Wenn das also nicht weiterführt, soll in einem zweiten Schritt „ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden“. Dieser soll bei Vollzeitbeschäftigung eine „eigenständige Existenzsicherung gewährleisten“ mit Mindestlöhnen wie in England (7,36 Euro) und Frankreich (8 Euro). Die genaue Höhe des gesetzlichen Mindestlohns soll – ähnlich wie in Großbritannien – eine unabhängige Kommission aus Vertretern der Gewerkschaften, Arbeitgebern und Wissenschaftlern empfehlen. In der Presse stößt der Vorschlag auf gemischte Reaktionen, immerhin fragt sich dort eine zunehmende Zahl von Kommentaren, was eigentlich so schlimm sein soll an Mindestlöhnen. Vertreter der CDU-Arbeitnehmer äußerten sich ebenfalls wohlwollend. Trotzdem ist der Vorschlag von einer Realisierung noch weit entfernt. Aus CDU und CSU kommt zumeist lärmende Ablehnung, vor allem aus dem Wirtschaftsflügel. Selbst für die SPD bedeutet das Konzept eine Kehrtwende gegenüber der Agenda 2010, die bekanntlich offen einen Ausbau der Niedriglohnzone betrieb. Deren Vertreter, allen voran Müntefering, äußerten sich deshalb in ersten Reaktionen auch eher unwirsch bis offen ablehnend.

Institut der deutschen Wirtschaft zu Niedriglohn und Armut

www.iwkoeln.de, 19.9. alk. Das Institut der deutschen Wirtschaft aus Köln, rät Müntefering, keine gesetzlichen Mindestlöhne einzuführen: das „gefährde Arbeitsplätze“ und reize zur Schwarzarbeit. Das IW verteidigt den Niedriglohnsektor: für die Betroffenen sei er

entweder nur vorübergehend oder sie könnten sich in einer Partnerschaft als Haushalt über der Armut einrichten oder schließlich gäbe es noch lohnergänzende Subventionierung durch ALG II. Dabei werden einige sonst hoch gehaltene Grundsätze aus dem Ökonomielehrbuch beiseite gelassen, z.B. Marktmissbrauch und Ressourcenfehlsteuerung durch Staatsintervention. Hier das IW im Wortlaut: „Niedriglöhne und Armut dürfen, anders als es die Gewerkschaften tun, nicht generell gleichgesetzt werden. Denn nur wenige Erwerbstätige mit Minilohn leben in Haushalten, die man als arm bezeichnet. Andere Einkünfte wie die Verdienste von Partnern sorgen in der Regel für ein annehmbares Haushaltseinkommen. Die Gewerkschaftsforderung, einen Mindestlohn von 7,50 Euro einzuführen, um Armut zu bekämpfen, geht somit ins Leere. Schlimmer aber: Wenn der Mindestlohn so kommt, wie es der DGB fordert, dann stehen in Deutschland fast 4 Millionen Arbeitsplätze auf der Kippe, weil sie sich für Arbeitgeber nicht länger rechnen.“

(...) Besonders hart betroffen von einem Mindestlohn wären zwei Gruppen: die ohnehin von hoher Arbeitslosigkeit gebeutelten Ostdeutschen und Jugendliche (siehe Grafiken).

... Die Youngsters arbeiten nämlich am Anfang ihrer Berufskarriere besonders häufig für wenig Geld... Von den jungen Erwachsenen bis 39 Jahre arbeitet dagegen deutschlandweit nur noch maximal jeder zehnte für einen Niedriglohn. Dies spricht dafür, dass die meisten, die mit geringen Löhnen ins Berufsleben starten, in absehbarer Zeit ein höheres Salär bekommen.

Die Einführung eines Mindestlohns wird daher selbst von den Gewerkschaften nicht als Beschäftigungsprogramm gepriesen, sondern sozialpolitisch begründet: Es gelte, Armutslöhne zu verhindern. Allerdings sagt die Höhe des Lohnes noch nichts darüber aus, wie gut es dem Betroffenen wirklich geht. Denn das Einkommen eines Haushalts speist sich aus vielen Quellen:

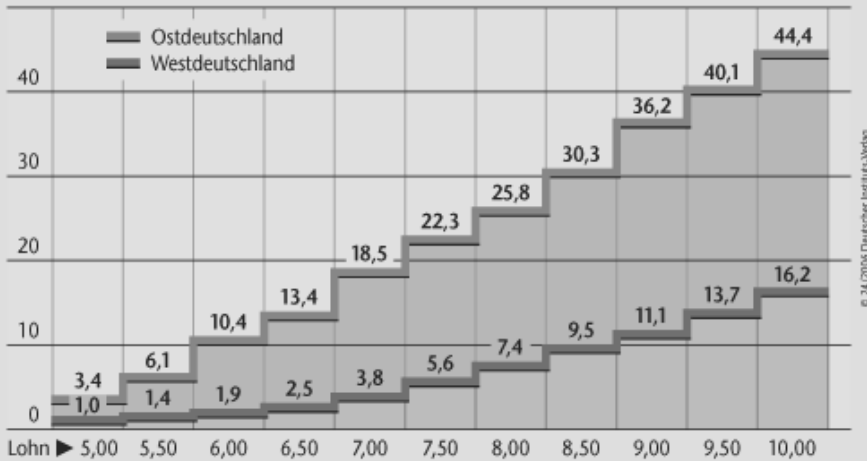
Zusatz Einkünfte: Zwar sind Löhne und Gehälter für die Bundesbürger mit einem Anteil von 52 Prozent am durchschnittlichen Haushaltseinkommen die wichtigste Geldquelle. Danach folgen jedoch Einnahmen aus öffentlichen Transferzahlungen (z.B. Renten, Kindergeld) mit 25 Prozent und Einnahmen aus Vermögen mit 11 Prozent. Eine geringe Rolle spielen Einnahmen aus selbstständiger Arbeit (6 Prozent).

Partnerverdienste: Wer zu einem niedrigen Stundenlohn arbeitet und selbst keine weiteren Einkünfte erzielt, der kann ebenfalls ganz gut über die Runden kommen – wenn er einen Partner hat, der anständig verdient. Das ist in

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

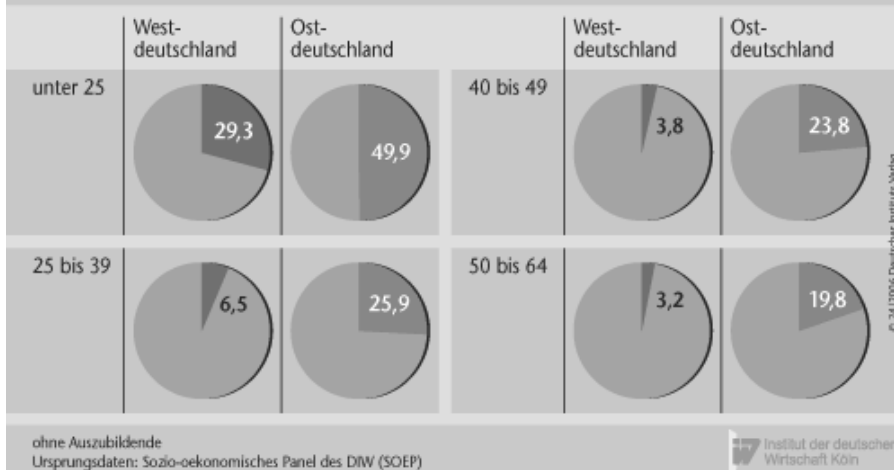
Niedriglohn: Im Osten weiter verbreitet

So viel Prozent der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer hatten 2004 einen Bruttostundenlohn von weniger als ... Euro



Niedriglohn: Vor allem für Einsteiger

So viel Prozent der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer im Alter von ... Jahren bekamen im Jahr 2004 einen Bruttostundenlohn von weniger als 7,88 Euro (Niedriglohnschwelle)



Deutschland keine Seltenheit. So findet sich in Westdeutschland in jedem zweiten Fall ein Haushaltsmitglied, das mehr als der Niedriglöhner hat. In Ostdeutschland haben immerhin 43 Prozent der Arbeitnehmer mit einem Niedriglohn noch einen Partner, der mehr mit nach Hause bringt als sie selbst.

Dementsprechend leben letztlich nur noch 17 Prozent der Arbeitnehmer mit einem geringen Lohn in einer Gemeinschaft, die man als arm bezeichnen würde. In Westdeutschland sind es sogar lediglich 14 Prozent.

Und dabei handelt es sich in vielen Fällen um Alleinerziehende. Sie arbeiten Teilzeit, um ihr Kind nicht zu vernachlässigen, aber gleichwohl beruflich weiterhin einen Fuß in der Tür zu behalten.

Wer dagegen das volle Stundenpensum zu einem Niedriglohn ableistet, der bringt im Regelfall zusammen mit seinem Partner so viel nach Hause, dass man sich gemeinsam problemlos über Wasser halten kann. Selbst zwei Niedriglöhne oder ein Kleinverdienst plus Rente reichen im Allgemeinen aus, um

Lebensmittel, Miete und Kleidung zu finanzieren.

Staatliche Zahlungen: Doch auch die wenigen Haushalte, die nicht auf einen mitverdienenden Partner, eine Altersrente oder sonstige Einkünfte zurückgreifen können, lässt der Staat nicht im Regen stehen. Sollte das Einkommen eines Haushaltes tatsächlich unter das Existenzminimum fallen, entsteht Anspruch auf Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe.

Kirchen fürchten Abgeltungssteuer

Tagesspiegel, 17.9. rül. Die evangelische Kirche und die katholische Kirche fürchten die Einführung der derzeit in der Regierung diskutierten „Abgeltungssteuer“. Diese „Abgeltungssteuer“ – über Höhe und Ausmaß wird derzeit zwischen Unionsparteien und SPD und in der Öffentlichkeit noch heftig gestritten – soll künftig im Prinzip auf alle Vermögenseinkommen erhoben werden, also auf Zinserlöse, auf Erlöse aus dem Kauf und Verkauf von Wertpapieren, auf Kursgewinne von Aktien usw.

Die Regierung behauptet, eine solche „Abgeltungssteuer“, die es in anderen Ländern schon lange gibt, würde zu einer gerechteren Besteuerung von Vermögenseinkünften führen. Bisher werden solche Einkünfte, wenn bestimmte Freibeträge überschritten werden und eine Vielzahl von Ausnahmeregeln nicht zur Anwendung kommen, zum persönlichen Einkommen hinzugerechnet und damit der Einkommenssteuer unterworfen. Da die Kirchensteuer als Anteil an der Einkommenssteuer erhoben wird, verdienen die Kirchen an diesem Verfahren mit. Bei Einführung einer speziellen „Abgeltungssteuer“ dagegen ginge den Kirchen dieses Einkommen verloren. Der Vorsitzende der Steuerkommission der Evangelischen Kirche, Adolf Zeitler, befürchtet deshalb in der „Welt am Sonntag“: „Das könnte beide Großkirchen rund eine halbe Milliarde Euro kosten“.

Drei Jahre keine Lohnerhöhung ...

FAZ, 18.9. maf. Besorgniserregende drei Jahre hatten die Siemens-Vorstände keine Lohnerhöhung erhalten. Siemens-Aufsichtsratsvorsitzender Heinrich von Pierer: „Ich habe festgestellt, dass die Siemens-Vorstände ... inzwischen am unteren Ende vergleichbarer Unternehmen liegen“. Im Geschäftsjahr 2004/05 mussten die Bedauernswerten sogar Geldeinbussen hinnehmen. Die gesamte Barvergütung der 12 Mitglieder des Zentralvorstandes sei um mehr als ein Fünftel auf 20,9 Millionen Euro gesunken. Im nächsten Geschäftsjahr sollen die Gehälter um 30 Prozent steigen. Die *FAZ* bemerkt, dass die Spanne zwischen den Vorstandsgehältern bei den 30 wichtigsten Dax-Unternehmen groß sei. Mit 11,9 Millionen Euro liege Ackermann von der Deutschen Bank an der Spitze, Kleinfeld von Siemens erhalte „passable“ 3,8 Millionen Euro, während Wolfgang Mayerhuber von der Lufthansa mit 1,3 Millionen Euro am Ende liegt.

Luxus brummt weltweit

www.news.ch, 14.9. maf. Genf – Schmuckes Fünf-Monate-Resultat des Luxusgüter-Konzerns Richemont: Das Unternehmen konnte von April bis August den Umsatz zu konstanten Wechselkursen um 18 Prozent steigern und übertraf damit die Erwartungen der Analysten. In Lokalwährungen betrug das Plus des in Euro abrechnenden Konzerns mit Sitz in Genf und südafrikanischen Wurzeln 16 Prozent. Richemont machte im Communiqué wie üblich keine Angaben zu den absoluten Verkäufen oder zum Gewinn. Alle Regionen hätten zum guten Wachstum beigetragen, hieß es weiter. Der Umsatz in Asien-Pazifik (inkl. China) stieg um 20 Prozent, während Europa und Amerika je ein Wachstum von 17 Prozent aufwiesen.

Große Verluste der PDS – rot-rote Reformpolitik unter schwerem Druck

Das vermutlich weitreichendste Ergebnis der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus sind die Verluste der PDS-Linkspartei. Mit 13,4% endete sie zwar zum Glück noch knapp vor den Grünen, die mit 13,1% ihr zweitbestes Ergebnis in den letzten 16 Jahren in Berlin erzielten. Aber die Fortsetzung der rot-roten Koalition ist akut gefährdet. Die Grünen drängen mit Macht in die Regierung, wohl wissend, dass das gesamte bürgerliche Lager in Berlin und im Bund eine solche Option einer Fortsetzung von Rot-Rot vorzieht und ihr Werben um eine Koalition mit der SPD deshalb unterstützt. Die SPD hält sich zwar noch alle Optionen offen, will auch in den nächsten Tagen zunächst mit der Linkspartei.PDS verhandeln und dann mit den Grünen. Aber klar ist auch: Am Ende müssen alle Koalitionsergebnisse auch durch Landesparteitage, und in der Linkspartei.PDS wetzen jetzt viele die Messer, vor allem jene, die Geld und Posten durch das Wahlergebnis verloren haben. Wenn die SPD der Linkspartei.PDS also keine ernsthaften Konzessionen macht, wird es kritisch in Berlin.

In einer ersten Stellungnahme hat PDS-Spitzenkandidat Harald Wolf drei

Kernziele der PDS für die Verhandlungen mit der SPD formuliert: erstens der Ausbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors, womit in Berlin vor allem die Abkehr von den 1-Euro-Jobs und die Hinwendung zu öffentlich geförderten, eher regulären Jobs gemeint ist, im Grunde zurück zu ABM- und ähnlichen Jobs. Zweitens der Einstieg in einen verlängerten „Gemeinschaftsschule“, also der Abbau des dreigliedrigen Schulsystems. Hier hat sich SPD-Spitzenkandidat Wowerit im Wahlkampf bisher eher ablehnend geäußert. Dritte Forderung der PDS ist: keine weiteren Privatisierungen. Diese Forderung könnte am Ende die Sollbruchstelle für eine rot-rote Koalition werden, zumal dann, wenn aus Karlsruhe ablehnende Signale beim Thema Schuldenübernahme durch den Bund kommen.

Mit den Grünen sind weitere Privatisierungen in Berlin entschieden leichter zu machen, z.T. propagieren das die Grünen ganz offen, etwa bei den Berliner Verkehrsbetrieben, und beim Thema Wohnungen haben die Grünen genügend Eigenheimbesitzer in den eigenen Reihen, um sich weitere Privatisierungen von Mietwohnungen in Landesei-

gentum auch gegenüber dem eigenen Klientel leichter leisten zu können als die PDS. Ansonsten reklamieren die Grünen schon offen Ressorts für sich, Justiz und Bildung könnten sie sich vorstellen, bei letzterem Thema werden sich auch die vielen privaten Schulen in Berlin Hoffnungen auf grüne Zuwendung machen. Dass die meisten Gewerkschaften mit den Grünen keine Freude haben werden, hat sich schon im Wahlkampf abgezeichnet, als die Grünen offen gegen jedes „Rot“ polemisiert haben. Rot ist auch die Farbe der Gewerkschaften.

Die Ergebnisse der anderen Parteien

Doch zunächst die Ergebnisse selbst. Die SPD ist mit 30,8% unbestrittener Wahlsieger. Das ist zwar nur wenig mehr als 2001, aber das beste Ergebnis der letzten 16 Jahre in Berlin, und außerdem ist die SPD nun stärkste Partei in Ost- und West-Berlin und reklamiert prompt, sie sei die einzige „wirklich gesamtstädtische Partei“. Wichtig für die SPD: Bei den jungen Wählern war ihr Ergebnis noch deutlich besser.

Die CDU ist dagegen aus ihrem historischen Tief nach der Wahl 2001 nicht

Aus der Linkspartei und ihrem Umfeld

Von der Linkspartei.PDS sind bis Dienstag Nachmittag (19.9.) nur äußerst vorsichtig gehaltene Stellungnahmen zu erhalten, aus Mecklenburg-Vorpommern liegt bis dato gar keine Stellungnahme vor, weil der Landesvorstand erst am Abend des 19.9. tagt. Offensichtlich sind die Bundes- und Landesparteispitzen bemüht, die Wogen nicht durch vorschnelle Urteile aufzupeitschen, sondern sorgfältig zu analysieren und die Diskussion auch mit der Parteimitgliedschaft zu führen. Andere hingegen, die für die Lösung der durch die Wahlergebnisse aufgeworfenen Probleme auch keine Verantwortung tragen, sind mit ihren Urteilen und Schlussfolgerungen schnell bei der Hand. scc

Der Ball liegt jetzt bei der SPD

Statement von Lothar Bisky, Vorsitzender der Linkspartei.PDS, am Tag nach den Landtagswahlen
(...)

1. Bei Rot-Rot in MV hat die SPD verloren. Bei Rot-Rot in Berlin hat die Linkspartei verloren. Was ich bis jetzt nicht erklären kann, sind die großen Verluste im Ostteil Berlins. Da müssen wir uns den Tatsachen stellen.

Ich will mich kurz fassen:

2. In beiden Ländern ist Rot-Rot möglich. Das ist gut. Hier brauchen wir keine Assistenz vom Parteivorstand. Die Entscheidung liegt bei den Ländern. Wir haben ein Statut und eine innerparteiliche Demokratie.

3. Große Sorge macht mir die Repräsentanz im Bundesrat. Zwei Drittel sind denkbar für Schwarz-Rot. Das ist eine andere Politik. Die Erosionsprozesse der großen Parteien haben längst begonnen. Da ist es wichtig, dass linke Politik nicht nur als Farbtupfer, sondern auch als politisches Profil bundesweit sichtbar wird.

4. Der Ball liegt jetzt bei der SPD. Mit den Grünen in Berlin wäre weitere Privatisierung angekündigt. Das war im Wahlkampf deutlich. Ich sehe da wenig inhaltliche Deckungsgleichheit.

5. Der Parteibildungsprozess muss mit Konsequenz zu Ende gebracht werden, sonst geht es zu unseren Lasten. Manchmal ist es nur das Bild einer zerstrittenen Linken. Doch auch ein solches Bild wirkt nicht überzeugend. Die Ergebnisse haben bundespolitische Dimension. Das ist für unsere weitere Arbeit entscheidend.

„Partei hat eine herbe Watsche bekommen“

WASG und Linkspartei.PDS sollen aus ihren Gräben herauskommen. Die Streitereien schaden beiden. Kurzer Auszug aus einem Gespräch mit Bodo Ramelow, Junge Welt 19.9.

(...)

Sie sind Vereinigungsbeauftragter der Linkspartei. Welche Auswirkungen hat dieses Wahlergebnis auf den Vereinigungsprozess?

Ich hoffe, dass die Akteure aus ihren Gräben rauskommen. Es nützt nichts zu sagen: Siehst du, ich habe recht gehabt. Es kommt jetzt darauf an, die Attraktivität des gemeinsamen Projekts der Parteibildung wieder mit Ausstrahlung zu versehen. Vor der Kommunalwahl in Niedersachsen, die am vorletzten Sonntag stattfand, sind diese sektiererischen Auseinandersetzungen frühzeitig überwunden worden. Wo beide Parteien gemeinsam antraten, haben sie Erfolg gehabt – wo sie gegeneinander kandidierten, haben beide verloren. So ist es auch in Berlin: Beide haben verloren.

Welche Empfehlung geben Sie der Berliner Linkspartei.PDS? Soll sie wieder in den Senat eintreten oder wäre es bes-

heraus, sondern noch tiefer gesunken. Zum einen hat sich ihr Kandidat Pflüger von den alten, die Partei bis heute dominierenden West-Berliner Seilschaften nie wirklich abgegrenzt, galt eher als deren Marionette. Zum zweiten hat Pflüger mit der Ablehnung eines Moscheebaus in Pankow ein Eigentor geschossen. Seine Versuche, als Weltmann und weltoffen aufzutreten, kamen seitdem noch schlechter an. Als er am letzten Tag vor den Wahlen als Spitze gegen den schwulen Wowereit auch noch öffentlich forderte, Berlin brauche wieder eine „First Lady“, kam der alte RCDS-Spießer vollends zum Durchbruch. Das liberale Bürgertum, in Berlin reichlich vorhanden, wählte deshalb zum Teil taktisch, zum Teil mit voller Absicht grün statt CDU.

Auch die FDP führt einen Teil ihrer Verluste gegenüber 2001 auf diese Leihstimmen für die Grünen zurück. Allerdings: Die FDP ist auch innerlich zerrissen, Antisemiten im einen Bezirk und Deutsch-Nationale im anderen sind unüberhörbar und machen ihr zusätzlich zu schaffen.

Die Grünen machen enormen Lärm um ihr gutes Ergebnis, hatten aber, wie die Tabelle zeigt, auch schon bessere Ergebnisse in Berlin. Auch ihr Ergebnis im Ostteil der Stadt, dort erreichten sie ca. 10 Prozent, liegt nur unwesentlich über dem der Bürgerbewegung schon im Wahljahr 1990. Trotzdem: In den beiden Berliner „Szenevierteln“, Kreuzberg (West) und Prenzlauer Berg (Ost), gewannen sie sogar Direktmandate. Die

**Ergebnisse der Parteien zum Berliner Abgeordnetenhaus
Zweistimmenanteile, 1990 bis 2006, in %**

	1990	1995	1999	2001	2006
CDU	40,4	37,4	40,8	23,8	21,3
SPD	30,4	23,6	22,4	29,7	30,8
PDS	9,2	14,6	17,7	22,6	13,4
Bündnis 90/ Grüne*	6,8/9,8	13,2	9,9	9,1	13,1
FDP	7,1	2,5	2,2	9,9	7,6

* 1990 kandidierten die Grünen getrennt in West- und Ostberlin, in Westberlin als Grüne/AL, in Ostberlin als Grüne/Bündnis 90. Im Westen erzielten sie 6,8%, im Osten 9,8%. Quelle: Landeswahlleiter

jahrelangen Verluste in diesem Milieu an die PDS scheinen damit gestoppt. Das allein sorgt schon für Jubel in dieser Partei.

Alarmierend sind dagegen die Ergebnisse der NPD: Diese hatte sich mit den „Republikanern“ im Vorfeld abgestimmt, um Gegenkandidaturen zu vermeiden. Das Ergebnis: Im Ost-Bezirk Pankow (3,1%, 1 Sitz) sitzt nun ein Vertreter der Reps, in Treptow-Köpenick (5,3%, 3 Sitze), Marzahn-Hellersdorf (6,4%, 3 Sitze), Lichtenberg (6%, 3 Sitze) und im West-Bezirk Neukölln (3,9%, 2 Sitze) sitzen Vertreter der NPD. Vor allem unter jungen Männern mit geringem oder keinem Schulabschluss sind die NPD-Ergebnisse beängstigend hoch. Eine neofaschistische Jugendszene, die auch gewaltbereit ist, wie die Angriffe auf Ausländer zeigen, hat sich in Teilen der Stadt festgesetzt und wird nicht so schnell zurückzudrängen sein.

Eine Überraschung sind auch die Grauen: Sie erzielten landesweit mit fast 53.000 Stimmen und 3,8% das be-

ste Ergebnis aller „Kleinparteien“ und sitzen nun in acht der zwölf Berliner Bezirksverordnetenversammlungen. Offenbar hat diese Partei den Protest gegen die anhaltenden Rentensenkungen der letzten Jahre und das Projekt „Rente mit 67“ von Müntefering und Merkel erfolgreich in Stimmen für sich umsetzen können.

Alle kleinen Parteien zusammen erzielten in Berlin bei deutlich gesunkener Wahlbeteiligung (von 68 auf 58%) zusammen 13,6%. Offenbar finden nicht nur die Volksparteien SPD und CDU, sondern auch FDP, Grüne und PDS kein richtiges Rezept mehr gegen das weitere Auseinanderbrechen der sozialen Milieus. Auf das weitere Auseinanderdriften der sozialen Milieus und die immer unterschiedlicher werdenden Lebenschancen reagiert anscheinend ein wachsender Teil der Wahlberechtigten mit Wahlenthaltung, ein anderer mit der Parole „Jeder macht seins“ und wählt sich eine scheinbar passende Milieu- oder Gesinnungs-Partei. **Politik- ➔**

ser, in die Opposition zu gehen?

Es kommt darauf an, welche Inhalte mit uns verbunden werden und ob dabei unsere Handschrift erkennbar ist. Es muss z. B. gelingen, den Krankenhauskonzern Vivantes vor der Privatisierung zu bewahren, das Uniklinikum Charité mit einem Tarifvertrag auszustatten und beide in einen gemeinsamen Flächentarifvertrag zu bringen. Es muss gelingen, den gesamten Wohnungsbestand in einer einheitlichen Gesellschaft neu zu ordnen. Und wenn wir es schaffen, die Schulpolitik so zu entwickeln, dass es eine Schule für alle Kinder in diesem Land gibt, dann lohnt es sich, die Möglichkeiten dazu zu sondieren. Und wenn sich herausstellt, dass das alles nicht gelingt, dann lohnt es sich nicht, diesen Weg zu gehen.

Klaus Lederer, Landesvorsitzender der Linkspartei.PDS Berlin, 19.9.

Nach der Wahl

Die Linkspartei.PDS hat bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin am 17. September 2006 eine bittere Wahlniederlage hinnehmen müssen. Diese Niederlage ist nicht damit er-

klärbar, wir hätten uns den Berlinerinnen und Berlinern nicht ausreichend vermitteln können. Diese Niederlage haben wir so nicht erwartet. Sie stellt uns vor viele Fragen und zeigt uns, dass wir auch mancher falschen Einschätzung erlegen sind. Wir werden die Zeit brauchen, um zu klären, welche Gründe es hierfür gegeben hat, welche eigenen Defizite hierzu geführt haben und was den Rahmenbedingungen für unsere Politik geschuldet ist.

Es gibt eine Reihe schneller Erklärungen. Ob sie tragen, wird sich erst bei genauerem Hinschauen zeigen. Gravierend sind die Verluste an das Lager der Nichtwählerinnen und Nichtwähler, das zwar alle Parteien traf, sich aber bei der Linken mit einem Wählerverlust von 69.000 Berlinerinnen und Berlinern desaströs ausgewirkt hat. Am Montagabend hat der Landesvorstand der Linkspartei.PDS begonnen, die Lage nach der Berliner Wahl zu diskutieren und die Ursachen für die Wahlniederlage zu analysieren. Dies geschah in nachdenklicher, aber sehr solidarischer Stimmung, ohne vorbereitete Beschlussvorlagen – offen und in der ganzen Breite möglicher Erklärungsmuster. Diese Analyse wird in den kommenden

Tagen und Wochen im intensiven Dialog mit den Bezirks- und Basisorganisationen fortgesetzt werden.

(...) Die Linkspartei.PDS ist mit drei Schwerpunktthemen in den Wahlkampf gegangen. Die Überwindung des Schulsystems aus Kaisers Zeiten, die Schaffung von öffentlich geförderter, würdiger und existenzsichernder Arbeit, die Sanierung und Sicherung der öffentlichen Infrastrukturen statt ihrer Verschleuderung – das sind aus unserer Sicht entscheidende Themen der Stadtpolitik. Die Linkspartei.PDS ist politisch geschwächt aus dieser Wahl hervorgegangen. Der Landesvorstand beschloss mit großer Mehrheit, die Einladung der Berliner SPD zu Sondierungsgesprächen anzunehmen und dort so ernsthaft wie ergebnisoffen Spielräume und Grenzen der Durchsetzung unserer Zielstellungen auszuloten. Dabei geht es um die inhaltliche Frage, ob diese Themen politisch durch- und umsetzbar sind oder ob die SPD nach dem Wahlausgang eine Koalition mit ihrer einstigen Hartz-IV-Schwester vorzieht und zukünftig Privatisierung öffentlichen Eigentums oder etwa das offensive Bekenntnis zu Studiengebühren auf der Tagesordnung Berliner Stadt- ➔

sche Konzepte, die verschiedene soziale Milieus mit dem Ziel zusammenführen, die gesellschaftliche Entwicklung in eine reformerische und womöglich solidarische Richtung zu beeinflussen, scheinen demgegenüber nicht nur in Berlin eher knapp zu werden.

Man könnte das Bild für die beiden Volksparteien sogar noch dramatischer zeichnen: Von den 2,4 Millionen Berliner Wahlberechtigten (ca. 400.000 nicht wahlberechtigte „Ausländer“ sind dabei nicht mitgezählt) haben SPD und CDU zusammen nur noch 710.000 Stimmen erhalten. Das sind weniger als ein Drittel aller Wahlberechtigten und nur ca. 25% der erwachsenen Bevölkerung der Stadt, die beide Volksparteien auf sich vereinen konnten. Die Heterogenität der sozialen Milieus, die Spannungen und die Sprachlosigkeit zwischen ihnen scheinen enorm zuzunehmen.

Gründe für das schlechte PDS-Ergebnis

Die PDS erreichte ihr schlechtestes Ergebnis seit 1995, liegt damit sogar unter den ohnehin schlechten Wahlprognosen und ist – sagen wir es offen – unter Wert geschlagen. So schlecht war die Politik von Rot-Rot dann auch nicht. Woran kann das Ergebnis gelegen haben?

Erstens: Strafe muss sein. Der Tabubruch Austritt aus dem Arbeitgeberverband, gleich zu Beginn der rot-roten Koalition begangen, um die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst in die Knie zu zwingen, hat offenbar bleibende

Schäden und Narben hinterlassen. Nicht nur, dass Mitglieder und Funktionäre damals die Partei verließen, die z.T. bis heute nicht mehr zurückgewonnen wurden. Auch das Wählerpublikum im öffentlichen Dienst hat sich von solcher Machtpolitik nach Gutsherrenart abgewandt. Auch wenn die PDS inzwischen vorsichtiger agiert: Der Dialog mit ver.di ist seitdem nachhaltig gestört. In den Verwaltungen, in Kliniken, Schulen, Hochschulen und Kitas hat man nicht vergessen, dass die PDS vor den Wahlen 2001 ausdrücklich ankündigt hatte, jede Treppe werde von oben gekehrt, auch im öffentlichen Dienst, und die bestehenden Tarife werde man achten, und dann mit dem Mittel des putschartigen Austritts aus dem Arbeitgeberverband auch auf die unteren Einkommen losging. Viele Lehrer, vor allem Beamte, wählen seitdem grün, andere Beschäftigte in den öffentlichen Diensten wählen wieder SPD und/oder CDU oder gehen gar nicht mehr zur Wahl.

WASG-Eigenkandidatur als Wegbereiter für Rot-Grün?

Zweitens: Das von Teilen der heutigen WASG gemeinsam mit der Gewerkschaft der Polizei und der GEW angezettelte Volksbegehren „stürzt den roten Senat“ wabert weiter im Untergrund. Die GEW dürfte das gleiche Ziel jetzt mit den Grünen verfolgen, die GdP bei SPD und CDU, und die damaligen Strategen der WASG (zumeist Ex-PDSler) durch ihre Eigenkandidatur.

Die WASG kam landesweit auf 2,9% und in sechs Bezirken in die BVV. Im Ost-West-Bezirk Mitte erzielte sie 4,1% (PDS: 12,5%) und 2 Sitze, in Kreuzberg-Friedrichshain (ebenfalls Ost-West) 6,0% (PDS: 16,5%) und 3 Sitze, in Panitzsch (Ost) 3,6% (PDS: 22,6%) und 2 Sitze. In Tempelhof-Schöneberg (West) erreichte die WASG 3,1% (PDS: 3,3%) und 1 Sitz, in Treptow-Köpenick (Ost) 3,6% (PDS: 28,0%) und 2 Sitze, in der größten PDS-Hochburg Marzahn-Hellersdorf 4,8% (PDS: 38,1%) und 2 Sitze, in der zweitgrößten PDS-Hochburg Lichtenberg 5,0% (PDS: 39,6%) und ebenfalls 2 Sitze.

Hätten PDS und Linkspartei zusammen kandidiert und könnte man ihre Stimmen zusammen zählen, so hätte die PDS in allen West-Bezirken bei dieser Wahl gegenüber 2001 sogar noch zugelegt. In Steglitz-Zehlendorf, wo der einzigen PDS-Bezirksverordneten in den letzten Jahren gelungen war, den CDU-Bürgermeister als deutschnationalen Rechtsaußen bundesweit zu diskreditieren, so dass er nicht mehr kandidierte, hat die WASG durch ihre Eigenkandidatur stattdessen jetzt dazu beigetragen, dass jetzt weder PDS noch WASG in der BVV vertreten sind. Und auf Berliner Ebene droht infolge des knappen Rennens zwischen PDS und Grünen nun, was in dieser Zeitschrift schon vor einiger Zeit befürchtet worden war: Dass nämlich die Eigenkandidatur der WASG am Ende dazu führt, dass die rote Koalition aus dem Amt und eine rot-grüne ins Amt gebracht wird. Für

politik stehen werden.

So oder so werden uns die Ergebnisse der Berliner Wahl noch eine ganze Weile intensiv beschäftigen. Es ist wichtig, dass wir auch in dieser schwierigen Situation kühlen Kopfes und politisch denken und handeln. In jeder Niederlage liegt die Chance für neue Wege. Politische Auseinandersetzungen schließen die Möglichkeiten von Niederlagen ein. Erinnern wir uns an ein Motto, das uns schon vor längerer Zeit einmal einte und half: Kopf hoch und nicht die Hände!

Wolfgang Hübner, ND 19.9.

Vermessung des Dreiecks

Manche in der Linkspartei haben es ganz eilig. Sie drücken bei der Annäherung mit der WASG aufs Gaspedal, gerade nach den beiden jüngsten Landtagswahlen. Am Ziel des Zusammengehens wird kaum jemand rütteln. Ob aber jetzt erst recht Tempo angesagt ist oder eher eine gründliche Bestandsaufnahme, das ist die Frage.

Die Probleme, die auf der Tagesordnung stehen, betreffen weniger Personal, Wahlkampfstrategie und die Eleganz der Außenwirkung. Ganz sicher wissen die allermeisten tatsächlichen und potenziellen Linkswähler, dass die PDS

nicht für, sondern gegen Hartz IV steht. Dass nicht sie diese wahnsinnige Verschuldung in Berlin verursacht hat. Und trotzdem wurde sie hart bestraft. Offenbar wird die Linke dort, wo sie mitregiert, nicht so sehr als soziale Opposition betrachtet, sondern stärker als Teil des unsozialen Systems. Und wird dafür verschärft in Haftung genommen.

Als die PDS vor zwei Jahren ihr strategisches Dreieck aus Protest, Gestaltungsanspruch und gesellschaftlichen Alternativen entwarf, war ihre Mitregierungswelt noch ganz in Ordnung. Jetzt muss die Gestaltungsecke geprüft, vielleicht sogar neu vermessen werden. Der Liebhaber des Dreiecks weiß: Ein Winkel verändert sich nie allein. Es geht um mehr als die Aufarbeitung einer schweren Wahlpleite. Es geht um Programmatik und Selbstverständnis einer neuen gesamtdeutschen Linken.

Jürgen Elsässer, junge welt 19.9.

Der Osten wehrt sich

(...) Über 25 Prozent der Ostwähler liefern davon. SPD-Generalsekretär Hubertus Heil legte in der Berliner Runde sogleich eine Erklärung dafür vor: Der Westimport Oskar Lafontaine sei es gewesen, der jenseits der mental immer

noch spürbaren Mauerlinie die Leute vergault habe. (...)

Die Wessi-Pest

Mit der Wirklichkeit hat diese Demagogie nichts zu tun. Schließlich hat Lafontaine auch Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern gemacht, und dort konnte sich die Linkspartei prozentual nicht nur halten, sondern sogar leicht verbessern. Der Unterschied resultiert aus zwei Faktoren: Zum einen war die Politik der Roten in Schwerin nicht ganz so unsozial wie an der Spree. (...) Es wurde wenigstens ab und zu die rote Fahne gezeigt, die die Nadelstreifen-Sozialisten in Berlin längst eingemottet haben.

Das verweist auf den wahren Kern von Heils Demagogie: Im Nordosten konnte ein Teil der klassenkämpferischen Traditionen bewahrt werden, weil die Linkspartei dort von gelernten DDR-Bürgern geführt wird. In der Hauptstadt dagegen ist der Verein durch Westimporte versaut – aber nicht durch Lafontaine, sondern durch den bisherigen Wirtschaftsminister Harald Wolf und seine Gefolgschaft. Diese ehemaligen Trotzisten haben in den letzten zehn Jahren die Schaltstellen im Apparat und in der Verwaltung besetzt. (...)

Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern Zweitstimmenanteile, 1994 bis 2006, in %

	1994	1998	2002	2006*
SPD	29,5	34,3	40,6	30,2
CDU	37,7	30,2	31,4	28,8
PDS	22,7	24,4	16,4	16,8
FDP	3,8	1,6	4,7	9,6
Grüne	3,7	2,7	2,6	3,4

* 2006 vorläufiges Ergebnis. Quelle: Landeswahlleiter

Leute, die sich den Kampf gegen die rot-grüne „Agenda 2010“ als Hauptanliegen auf die Fahne geschrieben haben, ist es schon eine Posse, wenn sie am Ende genau einer solchen Koalition in Berlin den Weg bahnen. Immerhin: auch im Westen liegt die PDS in allen Bezirken vor der WASG.

Schwerwiegend: PDS verliert ihre kommunale Basis

Drittes und vermutlich schwerwiegendstes Ergebnis: Der PDS droht der Verlust aller Bezirksbürgermeister im Berlin. In Kreuzberg-Friedrichshain hatte die PDS dieses Amt und natürlich auch Wählerstimmen durch die Kapriolen ihrer beiden Bürgermeisterinnen (erst Bärbel Grygier, dann Carola Reinauer, beide wollten schon kurz nach ihrer Wahl zur Bezirksbürgermeisterin wieder aus dem Amt und kandidierten für den Bundestag) ohnehin leichtfertig verspielt. In Pankow übernimmt die SPD als stärkste Partei nun den Bürgermeister-Job von der PDS, und in

Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf drohen Zählgemeinschaften aller anderen Parteien (also CDU, SPD, Grüne und FDP) gegen die PDS nun das gleiche zu vollstrecken. Damit wäre die PDS in Berlin erstmals seit 1990 ohne Bezirksbürgermeister.

Das allein wäre vielleicht nicht schlimm, ist aber vermutlich symptomatisch: Die PDS hat ihren kommunalen „Unterbau“ in den vergangenen Jahren massiv verloren.

Was dafür die Gründe sind, bewegt die Partei nach dem Wahltag am meisten. Sind es nur die Alten, die sich abwenden, weil sie mit der Modernisierungspolitik des rot-roten Senats nichts anfangen können? Diese Erklärung dürfte zu kurz greifen. Denn die Renten im Osten sind nicht schlecht, die Mieten niedrig, und selbst ideologisch festgefahrene alte Leute haben Kinder und Enkel, denen es vielleicht besser geht.

Gesucht: Ein linkes Reform- und Modernisierungsprogramm

Das Problem dürfte eher sein: Die PDS hat es nicht vermocht, auf das weitere Auseinanderbrechen sozialer Milieus, vor allem infolge anhaltend hoher Massenarbeitslosigkeit, eine politische Antwort zu finden, die Wählerstimmen zieht. Gesucht wird – sicher nicht nur in Berlin – ein linkes Reform- und Modernisierungsprogramm, dass wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung neuer und zusätzlicher Jobs mit politischen und sozialen Reformen verbindet. Die

Wirtschafts- und Industriepolitik von Harald Wolf etwa wird allgemein anerkannt, aber den Jobabbau hat auch er nicht wirklich stoppen können. Ein wenig vielleicht, aber nicht genug. Bei Hartz IV hat die PDS gegengehalten, aber wirklich Krach darüber gab es in Berlin nicht.

Im Sozialbereich hat die PDS-Senatorin Heidi Knacke Werner ab und an sogar den Finanzsenator Sarrazin öffentlich gerüffelt. Aber den Austritt aus dem Arbeitgeberverband und die Attacke auf die Tarife im öffentlichen Dienst hat sie mitgemacht, das Sozialticket für Arbeitslose hat sie anfangs auch gestrichen und nur nach massivem Protest der Gewerkschaften wieder eingeführt und im Gesundheits- und Pflegebereich sicher viel gutes getan, aber im Krankenhausbereich sich noch nicht einmal mit ihrem Parteikollegen, Wissenschaftssenator Flierl, beraten, geschweige denn, dass beide eine vernünftige Gesprächsebene mit den Beschäftigten in diesem Sektor über anstehende Reformen gefunden hätten.

Stattdessen haben die Berliner Senatoren und die Abgeordnetenhausfraktion sich in den ersten Jahren der Regierungskoalition aufgeführt, als hätten sie die Weisheit mit Löffeln gefressen, als wüssten sie, was allen anderen gut tut – kurz: wie ein elitärer Club, ein abgeschlossenes Milieu von Besserwissern, das den demokratischen Dialog mit den Wählerinnen und Wählern nicht nötig hat, Kritik abkanzelt und bei Bedarf auch mal als Gegner als „Gurkentruppe“ diffamiert. Wer so arrogant agiert und in Wirklichkeit auch nicht klüger ist als der Rest der Welt, bekommt sein Ergebnis bei der nächsten Wahl.

Hinzu kommt ein inhaltlicher Fehler: In der Berliner PDS gab es wirklich viele Akteure, die die ohnehin falsche Parole, erst müssten die Landesfinanzen konsolidiert werden, dann könne man wieder über Politik reden, genau so auch meinten. Der PDS-Haushaltspolitiker Carl Wechselberg etwa, ein wichtiger Abgeordneter in seiner Fraktion, brachte es noch wenige Tage vor der Wahl fertig, die Ankündigung von SPD-Bürgermeister Wowereit, der Kita-Besuch müsse in Zukunft gebührenfrei werden, mit den Worten zu kommentieren, das sei noch nicht „ausfinanziert“. Dass gebührenfreie Bildung und Ausbildung ein PDS-Ziel seit 1990 ist, scheint der Mann vor lauter Haushaltskonsolidierung völlig vergessen zu haben.

Kommunale Reorganisation & „Partei für den Alltag“

Dass solche Leute auch den PDS-Bezirken im Osten Berlins das Geld und damit die Mittel zur Verfolgung legitimer kommunalpolitischer Ziele gestrichen haben, hat sich nun gerächt. Mag sein, dass die Kommunalpolitiker im Ostteil Berlins auch etwas amtsmüde

Die Osis, die jetzt im Berliner Landesverband noch im Küchenkabinett geduldet werden, sind entweder Quoten-Zonis oder wessifizierte DDR-Hasser. Etwa der ehemalige und der aktuelle Vorsitzende, Stefan Liebich und Klaus Lederer: Mit der Wolf-Kabale verbindet sie die Absage an den Klassenkampf und den Antiimperialismus und die Bedienung ihrer Randgruppen-Klientel. Mit Staatsknete wird Multikulti, Gendermainstreaming und die schwule Subkultur gefördert, während die Proleten auf Hartz IV gesetzt werden und sich oft auch keine Kita, kein Schwimmbad und keine warme Wohnung mehr leisten können. Muss man sich wundern, dass die Opfer dieser Politik diesen Betrügnern ihre Stimme nicht gegeben haben? Die Verdammten dieser Stadt wählten am Sonntag nicht, oder aber sie wählten die WASG oder auch die sträflich unterschätzte Rentnerpartei Die Grauen.

Bitte keine Nazi-Panik

Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch gab in der Berliner Runde angesichts des NPD-Erfolges in Mecklenburg-Vorpommern die Cassandra. Schon hört man aus der Linkspartei die Rufe, gerade jetzt dürfe die Bundesre-

gierung keinesfalls die Zuschüsse für die diversen Antifaprojekte kürzen. Das wäre allerdings auch nur eine Variante, der eigenen Klientel in die Tasche zu wirtschaften. (...) Mit dem NPD-Spuk wäre es dagegen schnell vorbei, wenn die Linkspartei endlich eine Linkspartei wäre. Die Leute wählen die rechten Demagogen nicht weil, sondern obwohl sie Nazis sind. Nicht die Hitler-Nostalgie der NPD kommt gut an, sondern dass sie die Themen aufgegriffen hat, die die ehemalige PDS im Nordwesten viel zu sehr und in Berlin vollständig aufgegeben hat: die Würdigung der sozialen Errungenschaften der DDR und die Fundamentalopposition gegen die Hartz-Politik.

Nach Lage der Dinge ist das eine Aufgabe für Lafontaine. Nur er kann die soziale Frage so artikulieren und – nicht völkisch, sondern „französisch“ – mit der Verteidigung der nationalen Souveränität verbinden, dass den Rechten das Wasser abgegraben wird. Er muss jetzt den Augiasstall in Berlin ausmisten – selbstverständlich mit Hilfe der vielen tausend ostdeutschen Sozialisten, die auch kein Interesse daran haben, dass Wessis wie Wolf ihre Partei zugrunde richten.

geworden sind in all den Jahren. Vor allem aber fehlten ihnen die Mittel, Notwendiges und von ihrer Wählerbasis Gefordertes auch zu tun, z.B. dieses Schwimmbad zu retten, jene Schule zu sanieren und besser auszustatten, diese Kita zu erhalten und jene Wohnungen vor der Privatisierung zu bewahren. Diesen kommunalpolitischen Unterbau wieder zu reorganisieren und wieder zu stärken, dürfte deshalb in den kommenden Jahren eine der Hauptaufgaben der PDS in Berlin werden – unabhängig davon, ob unter einem rot-roten oder einem rot-grünen Senat.

Hinzu kommt: Die PDS als Partei muss wieder sichtbar werden. Der Dialog mit sozialen Verbänden, Gewerkschaften usw., das, was früher als „Partei für den Alltag“ praktiziert wurde und die PDS Jahr für Jahr gestärkt hat, die Arbeit mit Wohlfahrtsverbänden wie der „Volkssolidarität“, mit Mietergenossenschaften, der ständige Austausch mit Kiez-Strukturen, kommunalen

Initiativen jeder Sorte, all das ist in großem Ausmaß weggebrochen in den letzten Jahren. Dabei geht es nicht um populistisches Gerede und Blendwerk à la Lafontaine oder Gysi, sondern um reale Alternativen, um ein praktikierbares und realisierbares Reformprogramm für eine moderne Metropole wie Berlin. Der seit kurzem amtierende neue Landesvorsitzende Klaus Lederer hat sich sichtlich um Schritte in diese Richtung bemüht. Aber das war zu wenig. Die PDS als Partei im Dialog mit anderen ist in Berlin kaum noch sichtbar gewesen in den letzten Jahren. Wenn die PDS hier nicht wieder besser wird, wenn sie sich hier auf Landes- wie Bezirksebene nicht besser aufstellt und künftig wieder dialogischer und demokratischer agiert, dann wird auch der ganze vordergründige Streit um „Opposition“ oder „Regierungsbeteiligung“ fruchtlos und folgenlos bleiben. *rül*

Quellen: Berliner Morgenpost, Tagesspiegel, taz, Spiegel, Berliner Zeitung, Die Welt, 19.8.06

Erste Analyse des Abschneidens der NPD

(...) Der NPD gelang mit knapp 60.000 Zweitstimmen (7,3%) ein deutlicher Sprung über die 5%-Hürde ... Die höchsten Stimmenanteile erlangte die NPD in den Wahlkreisen Vorpommerns (Uecker-Randow, Ostvorpommern, Demmin sowie im Nordwesten Mecklenburgs, wo sich in den letzten Jahren systematisch zahlreiche Neonazikader aus den alten Bundesländern ansiedelten (Ludwigslust mit 9,1 Prozent, Spitzenkandidat Pastörs erreichte 8,8 Prozent der Erststimmen.) Die Zusammensetzung der Wählerschaft der NPD ist in besonderem Maße dadurch gekennzeichnet, dass die Jungwähler von 18 bis 24 Jahren zu einem Fünftel für diese Partei votierten. Sozial gesehen gaben besonders viele Arbeitslose und Arbeiter der NPD ihre Stimme. (...) ... kann zunächst auf folgende Faktoren für die Erfolge der Rechtsextremen verwiesen werden:

1. Sie sind eingebettet in die politische und ökonomische Gesamtsituation des Landes, die bei weitem nicht so gut ist, wie die Bundesregierung sie gesundet betet. Verschlechtert hat sich nicht nur die Situation für große Teile der unteren Sozialschichten im Gefolge von Hartz IV, zugenommen hat vor allem die Unsicherheit und Angst auch in anderen Schichten vor drohendem sozialen Abstieg und weiteren Einschränkungen, wie sie sich mit der Mehrwertsteuererhöhung, der geplanten Gesundheitsreform usw. ankündigen. Die allgemeine Verunsicherung durch Terrorgefahr tut ein Übriges. (...)

2. Vor allem in M/V bescheinigen alle Beobachter der NPD, dass sie einen professionellen Wahlkampf geführt hat. Sie hat die sozialen Themen (Massenarbeitslosigkeit, Abwanderung, Verödung vieler Dörfer, Zukunftsunsicherheit, Bildungsmisere) geschickt mit Ausländerhetze und

Nationalismus verbunden. Sie hat beträchtliche Mittel im Wahlkampf eingesetzt (Schätzungen sprechen von einer Million Euro ...), Wahlzeiten herausgegeben, junge Leute aus der SNPB (Soziales und Nationales Bündnis Pommern) und den Kameradschaften sowie Helfer aus anderen Bundesländern eingesetzt. Der Wahlkampf wurde mit den Erfahrungen des Fraktionsvorsitzenden der NPD im sächsischen Landtag, Holger Apfel gemanagt, der dazu seinen Sitz für längere Zeit in Anklam genommen hatte. Gerade in diesem Landesteil hatte die NPD seit Jahren ihre Präsenz in den Dörfern und kleineren Städten mit Kultur, Sport, Kinderfesten, Jugendkonzerten und dem Eindringen in örtliche Strukturen wie die Feuerwehren ausgebaut. (...)

3. Einen zentralen Punkt des Auftretens der rechtsextremen Parteien im Wahlkampf bildete wiederum die ausländerfeindliche und nationalistische Hetze. (...)

4. Die NPD führte zunehmend einen aggressiven und teilweise gewalttätigen und einschüchternden Wahlkampf. Das trat aber gerade in M/V nicht vordergründig ins Bewusstsein der Bevölkerung, während es in Berlin stärker durch die Medien thematisiert wurde. Im Norden herrschte mit durchaus gutem Erfolg lange Zeit der biedermeierliche Auftritt der Leute von nebenan vor. Mit bürgerlichen Vertretern wie dem Juwelier Pastörs aus Lübben oder dem Rechtsanwalt Andrejewski aus Anklam wurde das Bild einer wählbaren Partei gezeichnet, die durchaus etwas bewirken könnte. Dass eine ganze Reihe der Kandidaten in M/V vorbestraft und gewalttätig waren, drang dabei nicht durch und hatte kaum Einfluss auf die Wahlentscheidung. (...)

Analyse des Abschneidens der NPD – thematischer Newsletter der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus der Linkspartei, 19.9., stark gekürzt

Erfolge für LINKE Wahlantritte in Niedersachsen

Die Kommunalwahlen in Niedersachsen am 10. September verliefen ohne größere Überraschungen. Die CDU blieb bei leichten Verlusten von 1,3% mit 41,3% stärkste Partei. Die SPD kam auf 36,6% (-2%). Die regionalen Hochburgen blieben unverändert: Die SPD gewann wiederum in Hannover, die CDU setzte sich erneut in Braunschweig und Wolfsburg durch. Auffällig ist nur der hohe CDU-Verlust von 4,5% in Osnabrück, der drittgrößten niedersächsischen Stadt und Heimatstadt des Ministerpräsidenten Wulff.

WASG und Linkspartei sehen in der Verzehnfachung der Mandate auf 130 einen großen Erfolg. Dabei sind die Erwartungen der Landesverbände – zugegebenermaßen durch das Auszählverfahren nach Hare-Niemeyer begünstigt – übertroffen worden. Allerdings hatte das rechtlich komplizierte Wahlverfahren den beiden Parteien einige Schwierigkeiten zu überwinden gegeben. Erstmals wieder war die Möglichkeit von Wahlvorschlagsverbindungen abgeschafft worden, unlogischerweise durften aber weiterhin für Parteien nur ihre Mitglieder oder parteilose Menschen kandidieren. So entstanden in Niedersachsen die unterschiedlichsten Kandidaturformen: offene Listen von WASG und DIE LINKE, wie auch Wählerbündnisse wie LINKSBündnis Hannover, Osnabrücker LINKE, LINKE Alternative Salzgitter usw., weshalb eine landesweite Prozentzahl für das Wahlergebnis nicht aussagekräftig ist. Das passive Wahlrecht von Doppelmitgliedern bei Parteikandidaturen musste gegenüber einigen Wahlleitern durchgesetzt werden. Am Ende stellten sich die Linken in Niedersachsen mit mehr als 800 Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl und waren für mehr als drei Viertel der niedersächsischen Wahlberechtigten wählbar.

LINKE sind nun in allen Kreistagen/Regionsversammlung vertreten, in denen sie angetreten sind (30 Mandate), darüber hinaus in weiteren Stadträten mit 55, Gemeinderäten mit 16 und in Orts- und Bezirksräten mit 29 Mandaten vertreten. Damit sind wir auch in der Fläche des überwiegend ländlich strukturierten Niedersachsens vertreten und erfahrbar geworden.

Überdurchschnittliche Wahlergebnisse wurden zum Beispiel in den Städten Oldenburg mit 7,25% (2001: 3,9%) und Göttingen mit 6,8% (2001: 4,7%) erzielt, wo die bereits vorhandenen Fraktionen gestärkt worden sind. Aber auch in der Landeshauptstadt Hannover erreichte das LINKSBündnis mit beacht-

lichen 4,6% Fraktionsstärke. Bei Kreistagswahlen in Landkreisen sind Ergebnisse von knapp 4% Spitzenwerte.

Politisch wirkten die unterschiedlichen linken Kandidaturen vermittelt über ein gemeinsames Landeswahlbüro mit gemeinsamen Plakaten und landesweiten Wahlzeitungen in hohen Auflagen gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums und für tariflich bezahlte Arbeit statt 1-Euro-Jobs. Die bundesweite Mindestlohn-Kampagne war Bestandteil des niedersächsischen Kommunalwahlkampfes. Es konnte festgestellt werden, dass überall dort überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt werden konnten, wo Gliederungen bereits seit längerem kontinuierlich kommunalpolitisch arbeiten und örtlich bekanntere Köpfe kandidiert haben.

Oldenburg (Stadt)	7,2% DIE LINKE.
Göttingen (Stadt)	6,8% Göttinger LINKE
Göttingen (Kreis)	3,8% DIE LINKE.
Hannover (Stadt)	4,4% LINKSBÜNDNIS
Hannover (Region)	3,1% LINKSBÜNDNIS
Braunschweig (Stadt)	4,4% DIE LINKE.
Wolfsburg (Stadt)	3,5% Wolfsburger LINKE
Salzgitter (Stadt)	3,6% LINKE Alternative Salzgitter
Osnabrück (Stadt)	2,6% Osnabrücker LINKE
Osterholz (Stadt)	5,1% WASG
Osterholz (Kreis)	2,9% WASG
Lüneburg (Stadt)	4,4% DIE LINKE.
Lüneburg (Kreis)	3,5% DIE LINKE.
Aurich (Kreis)	3,9% DIE LINKE.
Emden (Stadt)	4,2% DIE LINKE.
Goslar (Stadt)	5,8% Goslarer LINKE
Goslar (Kreis)	3,8% Goslarer LINKE
Wilhelmshaven (Stadt)	4,3% LINKE Alternative Wilhelmshaven
Delmenhorst (Stadt)	3,3% LINKE Alternative Delmenhorst

In den wenigen Fällen, in denen es Konkurrenz kandidaturen gab, waren die Ergebnisse bescheiden (Landkreise Nienburg und Stade). In Hannover erzielte ein „Bündnis soziale Gerechtigkeit“, unterstützt von DKP und einer WASG-Minderheit, 1,0% und einen Sitz. Die DKP errang Mandate in Stadt und Landkreis Nordhorn.

Im Landkreis Lüchow-Dannenberg erreichte die von linken Kräften unterstützte Grüne Liste Wendland (GLW) 8,6% bei Kreistagswahlen.

Die Landesverbände von WASG und Linkspartei sind sich auch der großen Verantwortung gegenüber den neu gewählten MandatsträgerInnen bewusst. In vielen Kommunen gibt es für die kommenden fünf Jahre EinzelkämpferInnen, die nicht alleine gelassen werden dürfen, sondern unterstützt werden müssen. Hier werden beide Landesverbände auf die Vernetzung der KommunalpolitikerInnen hinwirken. Ein erster Schritt soll die am 7. Oktober in Hannover stattfindende kommunalpolitische Konferenz sein. Mittelfristiges Ziel ist die Gründung des Kommunalpoliti-

schen Forums Niedersachsen e.V.

Einig sind sich die Landesverbände auch darin, dass mit den erfolgreichen Kommunalwahlen versucht werden soll, bestehende Strukturen zu festigen und neue zu schaffen, um landesweit kampagnenfähig sein zu können. So könnten auch die letzten bestehenden „weißen Flecke“ zusammen mit den wenigen Aktiven dort vor Ort auf unserer politischen Landkarte geschlossen werden.

Die Zusammenarbeit zwischen WASG und Linkspartei hat sich bereits in den Jahren 2005/2006 positiv entwickelt, es konnte gegenseitiges Vertrauen aufgebaut und Erfahrung in der politischen Zusammenarbeit gesammelt werden. Beides war nicht zuletzt ein entscheidender Faktor für die erfolgreichen Kommunalwahlen. Insbesondere

hat sich die Zusammenarbeit im gemeinsamen Landeswahlbüro als konstruktiv erwiesen.

Die Ergebnisse der niedersächsischen Kommunalwahlen stellen eine gute Basis und Ausgangsposition zur Vorbereitung einer ernsthaften Kandidatur zu den Landtagswahlen in Niedersachsen Anfang 2008 dar. Die linken Wählergemeinschaften sind wichtiger Bestandteil des Aufbaus der Partei von unten.

Vorsicht ist allerdings vor einer Überbewertung des Ergebnisses geboten. So ist die Spreizung der Ergebnisse zu den Kommunalwahlen deutlich höher als bei den Bundestagswahlen. Der subjektive Faktor persönlicher Arbeit und langjähriger Kommunalpolitik wirkt deutlich stärker. Exemplarisch seien hier die südniedersäch-

sischen Ergebnisse in den Nachbarstädten Northeim (von 4,3% auf 1,67%) und Göttingen (6,2% auf 6,82 %) genannt – innerhalb eines Jahres und bei entsprechend niedrigerer Wahlbeteiligung. Ebenso muss zur Kenntnis genommen werden, dass wir in Niedersachsen nur zwischen 30 und 70% der Wählerinnen und Wähler von 2005 erreichen konnten. Tatsächlich sind selbst in Göttingen und Oldenburg nur ca. 70% erreicht worden. In anderen Kommunen gar nur 30%. Teils liegt es an der niedrigen Wahlbeteiligung von nur etwa 51 % im Landesdurchschnitt (bei einer regionalen Bandbreite von ca. 30% bis 70%), teils an der unterdurchschnittlichen Mobilisierung des eigenen Potentials. Arme Leute, die bei den Bundestagswahlen 2005 im Westen oft erstmals sozialistisch gewählt haben, sind überproportional nicht zur Wahl gegangen. Die Vermutung der Aussichtslosigkeit, bei der gegenwärtigen finanziellen Lage der Kommunen die Politik vor Ort maßgeblich verändern zu können, hat weitere WählerInnen von der Urne fernbleiben lassen. mio

Deutschland schiffte sich ein

Welche Schlussfolgerungen ziehen die Konfliktparteien aus dem Libanonkrieg?

Bei Erscheinen dieser Zeitung wird der Bundestag einen Beschluss über die Entsendung der Bundeswehr in den Nahen Osten gefasst haben. Stimmt der Bundestag zu, woran nicht ernstlich zu zweifeln ist, wird ein starker deutscher Flottenverband, bestehend aus zwei Fregatten einschließlich Transporthubschraubern, drei Versorgungsschiffen und vier Schnellbooten, mit insgesamt bis zu 2400 Bundeswehrsoldaten Richtung Libanon ausrücken. Die Bundeswehr wird die maritime Operation, an der auch dänische, norwegische, schwedische und niederländische Kriegsschiffe beteiligt sind, führen.

Die libanesische Regierung hatte zunächst den Vorbehalt erhoben, dass die ausländische Marine, die auf der Grundlage der UN-Resolution 1701 Waffenlieferungen für die Hisbollah unterbinden soll, sich der Küste nur bis auf 6 Meilen nähern darf. Dieser Vorbehalt hielt dem Druck der Bundesregierung nicht lange stand. Die durchgesetzten Einsatzregeln entsprechen einem so genannten robusten Mandat und erlauben der Bundesmarine die Kontrolle der gesamten libanesischen Küste innerhalb eines Streifens von 50 Meilen. Doch scheint die Auseinandersetzung um die Souveränität des Libanon nicht abgeschlossen. Am 17. September musste Minister Jung klarstellen, dass die Bundesmarine zwar Schiffe durchsuchen könne, die Beschlagnahme der Waffen aber allein „Aufgabe der libanesischen Regierung“ sei.

Bundeskanzlerin Merkel hat in ihrer letzten Video-Botschaft den Anspruch erhoben, parallel zur Libanonmission den „politischen Prozess zur Lösung des Konflikts in der Region in Gang zu setzen“.¹

Auf der einen Seite hat der Krieg, der keine Sieger hervorgebracht hat, eine Situation geschaffen, die ernsthaft verhandlungsfähig ist. Auf der anderen Seite birgt gerade die Stationierung der Nato – denn wenn auch andere Länder sich an den UN-Truppen beteiligen, ist die führende Rolle der Nato und insbesondere der europäischen Nato-Mächte allgemein unbestritten – die Gefahr neuer Eskalation.

Wiederaufnahme der Madrider Friedenskonferenz?

Aus der israelischen Linken gibt es den Vorschlag, die Madrider Friedenskonferenz wieder aufzunehmen. An dieser Konferenz hatten im Oktober/Novem-

ber 1991 Israel, Ägypten, Syrien, der Libanon und eine jordanisch-palästinensische Delegation teilgenommen – die israelische Likud-Regierung hatte die Beteiligung der Palästinenser nur in diesem Rahmen akzeptiert. Gastgeber waren Spanien und die EU, der sowjetische und der US-Außenminister hatten die Schirmherrschaft übernommen. Die Konferenz sollte die Möglichkeit zum Abschluss von Friedensverträgen eruieren; sie endete in bilateralen Gesprächen, die letztlich jedoch wenig handfeste Ergebnisse brachten. Allerdings schloss 1994 Jordanien als zweites arabisches Land nach Ägypten (1979) einen Friedensvertrag mit Israel.

Dieser Vorschlag, die Friedenskonferenz wieder aufzunehmen – oder ähnliche Vorschläge einer Nahost-Konferenz – verdienen Beachtung, weil und soweit sie die Konfliktparteien unter Einschluss der palästinensischen Autonomiebehörde zu Verhandlungen an einen Tisch bringen und einen Weg aufweisen könnten, die miteinander zusammenhängenden Konflikte – den libanesisch-israelischen Konflikt, den syrisch-israelischen Konflikt und den palästinensisch-israelischen Konflikte – zu bearbeiten.

Man muss sich in Erinnerung rufen, dass sowohl Israel und Libanon wie Israel und Syrien formell Feindstaaten sind.² Gegenüber dem Libanon – hier sind die Beziehungen durch den Waffenstillstand von 1949 geregelt – macht Israel geltend, dass seine Truppen im Mai 2000 aus dem Land abgezogen wurden und es daher keinen Anlass zu Angriffen auf sein Territorium gebe. Darin wird Israel durch die UNO bestätigt, die festgestellt hat, dass Israel die entscheidende Resolution 425 erfüllt hat. Der Libanon dagegen beansprucht die sog. Schebaa-Farmen, unter denen große Wasserfelder liegen, die Israel 1967 bei der Eroberung der syrischen Golan-Höhen besetzt hat und seither besetzt hält. Außerdem verlangt die libanesische Regierung von Israel, die seit 2000 andauernden vielfachen Verletzungen des libanesischen Luftraums durch israelische Kampfflugzeuge einzustellen und ihr eine Karte von Minenfeldern auszuhandigen, die Israel im Land hinterlassen hat, sowie die Freilassung aller libanesischen Gefangenen. Die Hisbollah leitet aus diesen ungelösten Streitfragen ihren Status als „Widerstandsorganisation“ des Libanon gegen Israel her. Die im August vereinbarte Waffenruhe bleibt äußerst fragil, sie kann jederzeit sowohl in einen neuen Krieg zwischen Israel und Libanon wie in einen neuen libanesischen Bürgerkrieg münden, wenn diese Streitfragen nicht in einem Friedensvertrag gelöst werden, der die Anerkennung Israels einschließt.

Die Verhandlungen zwischen Israel und Syrien waren bereits verhältnismäßig weit gediehen, als sie 2000 letztlich

wegen weniger als 20 km² Land am nordöstlichen Ufer des Sees Genezareth scheiterten. Seit dem Krieg 1967 hält Israel die syrischen Golan-Höhen besetzt, die von Syrien zurückgefordert werden und nicht nur von militärischer Bedeutung sind: Wer die Golan-Höhen kontrolliert, kontrolliert für alle Anrainerstaaten des Jordanbeckens enorm wichtige Wasservorkommen. Während es an den israelisch-syrischen Waffenstillstandslinien seit der Einrichtung einer von der UNO kontrollierten Pufferzone ruhig bleibt, unterstützt Syrien die Hisbollah, auch in ihren bewaffneten Aktionen gegen Israel. Die Lösung der Streitfragen, die schon greifbar nahe schien, wird seit Jahren dadurch erschwert, dass die USA und die Nato Syrien international zu isolieren trachten. Das bestärkte Israel darin, syrische Verhandlungsangebote wie zuletzt im April 2006 ohne nähere Prüfung auszuschlagen.

Die Auswirkungen des Libanon-Krieges auf den israelisch-palästinensischen Konflikt sind noch ungewiss. Ghassan Khatib, der frühere Planungs- und Arbeitsminister in der palästinensischen Autonomiebehörde, Direktor des Jerusalem Media and Communications Center und Dozent für Kulturwissenschaft an der Birzeit Universität in Gaza, wies in seinem Beitrag auf einer Konferenz der Bertelsmann-Stiftung zum Thema „Europa und der Nahe Osten“ Anfang September³ u.a. auf zwei Aspekte hin, die etwas ausführlicher zitiert werden sollen:

„Der Krieg im Libanon wurde von allen regionalen Beteiligten als ein zentrales Ereignis betrachtet, und das nicht nur wegen der Kriegsoffer und Verluste, sondern auch wegen des neuen Gleichgewichts, wie es sich zwischen Israel und einem arabischen Land (oder genauer gesagt: einem Teil eines arabischen Landes) herausgebildet hat. Zum ersten Mal konnte Israel keinen entscheidenden Sieg erringen. (...) Kurz und bündig: das Ergebnis des Krieges intensivierte das moralische Überlegenheitsgefühl und das Selbstvertrauen der Araber, während bei den Israelis der gegenteilige Effekt eintrat. In der kurzen Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes ist dies noch nie vorgekommen. (...)“

Nicht weniger wichtig war die Wirkung des Krieges auf das interne Machtgleichgewicht zwischen politischen Islamisten und säkularen Strömungen. (...) Der Krieg als solcher hat zur andauernden Radikalisierung der arabischen und der palästinensischen Welt im Besonderen beigetragen. Es wird argumentiert, Israel verstehe nur die Sprache der Gewalt (...) Die abschließende Untersuchung zeigt ... ein Umfeld, in dem Araber und Palästinenser ermutigt wurden, die Hisbollah zu imitieren – und das bedeutet höchstwahrscheinlich

mehr Krieg.“

In allernächster Zeit sind zwei Fragen von vielleicht entscheidender Bedeutung: Gelingt die Bildung einer palästinensischen „Regierung der nationalen Einheit“ auf der politischen Grundlage der Anerkennung der Zwei-Staaten-Lösung und damit der Anerkennung Israels? Die Hamas-Minister sind zwar zurückgetreten, um einer solchen Regierung den Weg freizumachen, die Verhandlungen sind aber unterbrochen, weil die Hamas sich weigert, die bisherigen Verträge und das Existenzrecht Israels anzuerkennen. Und die zweite Frage lautet: Zieht die israelische Regierung aus der durch den Krieg veränderten Situation den Schluss, dass es keine unilaterale Lösung, keine „einseitige Trennung“ von den Palästinensern geben kann, d.h. akzeptiert sie Verhandlungen und gibt sie die seit Jahren eingenommene Haltung auf, dass es auf der palästinensischen Seite keine Verhandlungspartner gibt, erst Arafat nicht, dann Abbas nicht und die Hamas-Regierung schon gar nicht? Beides, die Anerkennung Israels durch die palästinensische Regierung und die Anerkennung der palästinensischen Regierung als Verhandlungspartner durch Israel, ist für eine Waffenruhe, die hält, grundlegend.

Der Nahe Osten als Nato-Militärgouvernement?

Einiges spricht dafür, dass die Westmächte die Stationierung „internationaler Truppen“ auch in Palästina vorbereiten. Derzeit wird in verschiedenen Kreisen erörtert, dass das „Modell internationalen Konfliktmanagements“ im Libanon auf Palästina, d.h. zunächst Gaza übertragen und dort eine „internationale Schutztruppe“ installiert werden sollte. Auf der schon erwähnten, gut besetzten Konferenz der Bertelsmann-Stiftung sprachen gleich mehrere Redner davon. Viel hängt deshalb davon ab, dass der Libanon seine Souveränität verteidigt, dass alle nahöstlichen Konfliktparteien die Bereitschaft zu Friedensverhandlungen aufbringen und das Wiederaufflammen von militärischen Auseinandersetzungen verhindert bzw. zwischen Israel und den Palästinensern ein Waffenstillstand vereinbart und eingehalten wird – sonst nämlich werden die internationalen Truppen zu reinen Besatzungstruppen und der Nahe Osten zum Militärgouvernement der Nato. *scc*

1 Zitiert nach FR, 17.9., Deutsche Marine, Eingeschränktes Mandat bei der Libanon-Mission

2 Zum Folgenden siehe: Margret Johannsen, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg, Waffenruhe im Libanon: Ruhe vor dem nächsten Sturm? www.ifsh.de

3 Ghassan Khatib, Vom Radikalismus zum Frieden: Palästina und Israel nach dem Krieg im Libanon. Dieses Papier und weitere Papiere der Konferenz sind zu finden unter: www.bertelsmann-stiftung.de/Politik/Europa/Europa



Recht und Ordnung und Operationen zur Stabilisierung“ sein werden. Ministerpräsident Howard sagte bei der Bekanntgabe der Truppenaufstockung, die Gründe „erklären sich von selbst“. Australien sei mit einer „anhaltenden und ... wachsenden Zahl von destabilisierten und gescheiterten Staaten in unserer Region konfrontiert“. „In den kommenden 10 bis 20 Jahren wird Australien vor eine Reihe von vergleichbaren Situationen oder möglicherweise noch größere Herausforderungen als auf den Salomon-Inseln und in Osttimor gestellt sein“. Deshalb beanspruche man auch das Recht, „präventiv“ einzugreifen. Ausdrücklich nannte er dabei Papua-Neuguinea, Fidschi und Vanuatu als Zielobjekte. Die jüngste Intervention in Osttimor hatte die australische Regierung u.a. damit begründet, dass es gelte, den wachsenden Einfluss Chinas einzudämmen. (www.wsws.org.de)

Zu einem bestürzenden Ereignis kam es am 10.9., nicht zufällig unmittelbar vor den Gedenkfeiern des 11.9., in Culver City, einer Stadt mit 40.000 Bewohnern in der Nähe von Los Angeles. Eine Koalition aus den „Minutemen“, einer gegen Migranten und Flüchtlinge gegründeten extrem rechten Bürgerwehr, dem „United American Committee“, einer 2004 ins Leben gerufenen Bewegung, die sich die Stärkung des Patriotismus und die Bekämpfung der „islamistischen Bedrohung“ auf die Fahnen geschrieben hat, und der „Koptischen Christen von Amerika“ hatte zu einer Demonstration vor die King Fahd Moschee aufgerufen. Rund 75 bis 80 folgten diesem Aufruf; vor der Moschee führte der Mob nach alt bekannter Art einen symbolischen Lynchmord durch: Eine einen Moslem mit Bin-Laden-Maske und -Kleidung darstellende Puppe wurde gehängt. Besonders bestürzend, dass die Drahtzieher einen Afroamerikaner diesen symbolischen Lynchmord vollstrecken ließen. Gegen den Aufruf des Mobs hatte ein Bündnis verschiedener antirassistischer und kirchlicher Gruppe mobilisiert. Auch dieses Bündnis brachte rund 75 bis 80 Menschen auf die Beine, die einen Kordon um die Moschee zogen und die in der Moschee Betenden schützten. Die beiden Gruppen standen Auge in Auge, auf die hasserfüllten Slogans der Rechten antworteten die Gegendemonstranten mit Rufen wie: „Schwarz, Latino, Arabisch, Asiatisch – Stopp dem Hass, verteidigt unsere Bürgerrechte“. Die Polizei beobachtete die Situation, die jeden Moment gefährlich hätte eskalieren können, mit einer einfachen Streife aus der Ferne. (Quelle: Indymedia Los Angeles)

Kanada: Kritik an der Truppenentsendung nach Afghanistan

Die Nato betreibt mit wiederholten dringenden Aufforderungen die Aufstockung der Truppen in Afghanistan. Man macht kaum noch Hehl daraus, dass die Situation im Süden des Landes militärisch nicht mehr beherrschbar ist, auch im Norden hat sich, einem internen Papier des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr in Afghanistan zufolge, die Sicherheitslage inzwischen „dramatisch verschlechtert“, die Bundeswehr sei „manchen Gefahren schutzlos“ ausgeliefert. Derzeit verfügt die ISAF über etwa 20.000 Soldaten, 2000 bis 2500 weitere werden angefordert. – Die kanadische Regierung, die bisher rund 2300 Soldaten im Süden kämpfen lässt, hat inzwischen zugesagt, weitere 200 zu entsenden. 32 kanadische Soldaten kamen seit 2002 in den Kämpfen ums Leben, allein 13 seit dem 1. August diesen Jahres. Derweil verstärkt sich Presseberichten zufolge in der kanadischen Gesellschaft die Kritik am Einsatz. Anfang September warf der Vorsitzende des mit drei Millionen Mitgliedern größten Gewerkschaftsbundes des Landes, des Canadian Labour Congress, die Frage auf, wen man eigentlich in Afghanistan verteidige. Unter Bezug-

nahme auf zwei neuere Berichte verschiedener Menschenrechtsgruppen kritisierte er gravierende Menschenrechtsverletzungen durch die von der Nato gestützte Regierung, die unsägliche Armut, in der die afghanische Bevölkerung weiterhin lebt, und er wies darauf hin, dass 1.600 Afghanen allein in den letzten vier Monaten getötet wurden. (Quelle: www.canadianlabour.ca)

Australien: Regierung rüstet für „präventive“ Einsätze in der ganzen Region

Die australische Regierung hat den Beschluss gefasst, die Armee auf den höchsten Stand seit Ende des Vietnamkrieges zu verstärken. Sie will den Verteidigungshaushalt in den nächsten zehn Jahren um 10 Mrd. Dollar aufstocken, allein um 2.600 weitere Infanteriesoldaten zu rekrutieren, und zwar zusätzlich zu der Aufstockung um 1.500 Soldaten, die sie bereits im Dezember 2005 beschlossen hat. Außerdem will sie die „internationale Einsatztruppe“ der australischen Bundespolitik (AFP) 1.200 Mann fast verdoppeln. Zum ersten Mal soll diese Truppe ein schwer bewaffnetes, 150 Mann starkes Überfallkommando bekommen, deren Aufgabe „Notfalleinsätze bei Problemen von

Indien und Pakistan nehmen Friedensgespräche wieder auf

Am Rande des 14. Gipfels der Blockfreien-Bewegung in Havanna verständigten sich Indien und Pakistan jetzt auf die Wiederaufnahme der Friedensgespräche. Diese waren nach den verheerenden Bombenanschlägen am 11. Juli in Mumbai, bei denen fast 200 Menschen getötet worden waren, ausgesetzt worden. In einer Sechs-Punkte-Erklärung erklärten sich der pakistanische Präsident Musharraf und der indische Regierungschef Singh bereit, den Dialogprozess so schnell wie möglich wieder zu starten. Sie verurteilten die Terrorakte und einigten sich auf die Schaffung eines gemeinsamen „institutionellen Mechanismus“ zur Koordinierung der Antiterror-Maßnahmen. Weiter verpflichteten sie sich, die Suche nach gegenseitig annehmbaren Optionen für friedliche Lösung aller bilateralen Probleme fortzusetzen, und erwähnten dabei ausdrücklich das Kaschmir-Problem. Sing nahm eine Einladung für einen Besuch in Pakistan an. Musharraf würdigte diese eher überraschende Entwicklung als „eine historische Gelegenheit“. (Quelle: jw, Der Standard)

Zusammenstellung: scc

DARMSTADT. Serif Akbulut aus dem Main-Kinzig-Kreis ist am 5.9. mit einem eigens dafür gecharterten Kleinflugzeug in die Türkei abgeschoben worden. Außer ihm selbst flogen lediglich das Flugpersonal und einige Beamte der Bundespolizei mit. In den letzten Wochen waren drei Abschiebungsversuche gescheitert, da sich die Piloten weigerten. Auch setzten sich sehr viele Leute aus für ihn ein – trotzdem (vorerst) vergeblich. Die kurdische Familie Akbulut war 1998 vor politischer Verfolgung aus der Türkei geflohen. Der 20-jährige Serif lebte seit seinem 12. Lebensjahr in Deutschland und musste sich, seit er 15 ist, um sämtliche Belange der Familie kümmern – er hat das nahezu Unmögliche geschafft: trotz aller widrigen Bedingungen hat er sich integriert, spricht perfekt die deutsche Sprache, hat einen guten Schulabschluss und ist bei den lokalen Fußballvereinen als Spieler begehrt. Das alles interessierte das Regierungspräsidium Darmstadt und das hessische Innenministerium nicht. Flüchtlingsorganisationen fordern schon seit langem, bis zur Innenministerkonferenz im November einen hessenweiten

Abschiebungsstopp für langjährig geduldete Flüchtlinge zu erlassen, wie es einige andere Bundesländer bereits getan haben. Zusätzlich muss denjenigen, die – wie Serif Akbulut – schon abgeschoben wurden, ein Rückkehrrecht eingeräumt werden. Für die UnterstützerInnen ist der Fall mit der jetzt erfolgten Abschiebung daher auch noch nicht zu Ende: Wir fordern, dass Serif wieder nach Deutschland kommen darf, um dort zu leben, wo er hingehört – bei seiner Familie im Main-Kinzig-Kreis!

de.indymedia.org, www.freiheit-fuer-serif.tk



Keine Akteneinsicht für Anwälte?

BONN. Der Ärger um das Thema Akteneinsicht für Anwälte, die Rechte für Bonner Hartz IV-Empfänger durchsetzen nimmt an Schärfe zu, seitdem Anwälte keine Akten mehr mit der Post zugeschickt bekommen. Der Geschäftsführer der Bonner ARGE, Dieter Liminski verteidigte dies am 15.9.2006 gegenüber dem „Bonner Generalanzeiger“ damit, dass in der Vergangenheit schon mehrfach Akten verschwunden bzw. geschönt worden seien: „Da wurden Dokumente nachträglich eingefügt oder verändert“ – zugunsten der Alg-II-Bezieher. Deshalb habe man schon voriges Jahr beschlossen, dass Anwälte nur im Beisein von ARGE-Mitarbeitern Akteneinsicht erhalten. Hingegen teilte der stellvertretende Geschäftsführer der Rechtsanwaltskammer Köln, Christof Muthers dem Erwerbslosen Forum Deutschland mit, dass der Kammer solche Fälle nicht bekannt sein. Sollte so etwas vorliegen, hätte die Kammer davon Kenntnis haben müssen und dem nachgehen müssen. Dazu der Sprecher des Erwerbslosen Forum Deutschland, Martin Behrsing: „Wir halten die Vorwürfe für ungeheuerlich und fordern Aufklärung. So lange hier keine eindeutigen Beweise vorgelegt werden, halten wir das für ein Ablenkungsmanöver und werden den Verdacht nicht los, dass es sich um Schikanen gegen Leistungsbezieher handelt, um damit vielleicht davon abzulenken, dass die ARGE Bonn im Vergleich zu anderen ARGEN in NRW den vorletzten Platz bei der Vermittlung von Arbeitslosen erreicht hat.“ www.erwerbslosenforum.de

Frauen verdienen weniger

FRANKFURT. Noch immer verdienen Frauen weniger als Männer. Ihr durchschnittliches Monatseinkommen liegt rund 22,5 Prozent unter dem der Männer. Dies ergab eine Online-Befragung des WSI-Tarifarchivs, an der sich in-

zwischen rund 60.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beteiligt haben. Ihre Auskünfte liefern auch die Daten für den FrauenLohnSpiegel. Das Ergebnis ist ernüchternd: In den meisten Berufen liegen die durchschnittlichen Bruttomonatseinkommen der Frauen deutlich unter dem der Männer. Die Gründe? Vielfach können die kürzere Berufserfahrung und häufigere Berufsunterbrechung, die geringere Zahl von Führungspositionen für Frauen und die partiell noch geringere Qualifikation einen Teil der Gehaltsunterschiede erklären. Hinzu kommt aber auch eine nach wie vor existierende Lohndiskriminierung: Immer wieder bekommen Frauen für die gleiche Arbeit weniger Geld als Männer.

www.frauenlohnspiegel.de/main

Bahn-Börsengang ganz abblasen

FRANKFURT AM MAIN / HAMBURG. Erfreut hat das Bündnis „Bahn für Alle“ die Absicht der Bundesregierung zur Kenntnis genommen, die bereits auf Ende Oktober vertagte Entscheidung über den Börsengang der Deutschen Bahn AG um mindestens drei weitere Monate zu verschieben. Das Bündnis wertet die Verschiebung auch als Erfolg seiner Aufklärungsarbeit. Zurzeit laufen erneut zwei bundesweite Aktionswochen der Kampagne. Aktivistinnen und Aktivisten des Bündnisses protestieren in über fünfundzwanzig deutschen Städten gegen den geplanten Ausverkauf der Bahn. Dass die von der Regierung angestrebte Entscheidung bereits zum zweiten Mal vertagt werden muss, sei ein klares Indiz für das wachsende Unbehagen der Abgeordneten von SPD und CDU angesichts der unwägbareren Risiken eines Bahnverkaufs. Das Bündnis rechnet für den Fall eines Verkaufs der Bahn mit gravierenden Folgen für Steuerzahler und Fahrgäste. „Bahn für Alle“ setzt sich ein für eine optimierte Bahn in öffentlicher Hand.

www.bahn-fuer-alle.de

Dumpingpreise bei Lebensmitteln verbieten

BERLIN. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat die auf Initiative von Bundesagrarminister Horst Seehofer mit Bundeswirtschaftsminister Michael Glos erzielte Einigung auf ein künftiges Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln unter den Erzeugerpreisen begrüßt. Hubert Weiger, agrarpolitischer Sprecher des BUND: „Das Drücken der Einkaufspreise unter die Erzeugerpreise bei Fleisch, Milch und Gemüse führt nicht nur zu Lebensmittelskandalen. Es führt auch dazu, dass die Agrarbetriebe dem Preisdruck mit mehr Massenproduktion ausweichen wollen. Das mindert die Lebensmittelqualität. Ein Preisdumping-Verbot wird vor allem der marktbeherrschenden Stellung der großen Handelsketten Paroli bieten.“ www.bund.net/

Kein Gen-Reis von BAYER

DÜSSELDORF. Die Coordination gegen BAYER-Gefahren hat am 13.9.2006 in einem Brief an die European Food Safety Authority (EFSA) gefordert, keine Import-Genehmigung für gentechnisch veränderten Reis zu erteilen. BAYER hatte im Jahr 2003 bei der EU eine Import-Zulassung für Reis der Sorte LL 62 beantragt. Die Sorte ist resistent gegen das von BAYER produzierte Herbizid Liberty Link mit dem Wirkstoff Glufosinat. Ende August war bekannt geworden, dass in den USA eine ebenfalls gegen Glufosinat resistente Reis-Sorte in den Handel gelangt war. Der Langkorn-Reis mit der Bezeichnung LL 601 ist nirgendwo auf der Welt zum Verzehr zugelassen, die gesundheitlichen Risiken für Verbraucherinnen und Verbraucher sind unbekannt. Recherchen von Greenpeace deckten Anfang der Woche auf, dass auch in Deutschland Kontaminationen mit LL 601-Reis auftraten, unter anderem in Produkten des Discounters Aldi. www.cbgnetwork.org

BERLIN. An der zentralen Protestdemo zum Berliner Schulstreik haben sich am 13.9.2006 zeitweise bis zu 10.000 Menschen beteiligt. Ein breites SchülerInnenbündnis hatte diese organisiert, auch gewerkschaftliche, studentische und linke Gruppen hatten zur Teilnahme aufgerufen. Bereits morgens gab es kleinere Spontandemos von verschiedenen Schulen zum Alexanderplatz, wo gegen 10 Uhr die Auftaktkundgebung stattfand. „Wenn nach den Abgeordnetenhauswahlen die Einführung von Studiengebühren auf der Tagesordnung steht, ist in Berlin mit einer massiven Ausweitung des Widerstandes zu rechnen“, erklärte Björn Kietzmann, hochschulpolitischer Referent des AstA FU. Schockierend war einmal mehr das Verhalten der Berliner Polizei. Im Laufe der Demonstration wurden drei SchülerInnen vorübergehend festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen rechtsextremes Propagandamaterial entfernt zu haben. Auch die Abschlusskundgebung vor dem Roten Rathaus



konnte nicht wie geplant stattfinden. Als die Reden durch einen Musikbeitrag aufgelockert wurden, forderte die Polizeieinsatzleitung den Demonstrationsanmelder auf, die Veranstaltung unverzüglich zu beenden, da „der politische Inhalt nicht mehr gegeben“ sei. Die Polizei drohte damit, andernfalls selbst die Versammlung aufzulösen. Die Versammlung wurde daraufhin abgebrochen. Dennoch kam es zu massiver polizeilicher Gewaltanwendung gegen Menschen, die den öffentlichen Platz nicht unmittelbar verlassen hatten. Vor kurzem wurde in Berlin eine Kennzeichnungspflicht für Bereitschaftspolizeikräfte eingeführt. Damit ist die „Gruppe“, bestehend aus bis zu acht BeamtInnen, durch Nummern erkennbar. Die Demonstration am Mittwoch hat gezeigt, dass dies nicht ausreicht.

berlin.uebergabe.de

Keine deutschen Waffen an Kriegsparteien

BERLIN. Petition an den Bundestag. Die IPPNW fordert zusammen mit der „Kooperation für den Frieden“ (u.a. IPPNW, Bund für Soziale Verteidigung, Pax Christi und das Netzwerk Friedenskooperative), in einer Petition an den Deutschen Bundestag den Stopp von Waffenlieferungen an Israel und andere Staaten in Nahost. Kaum sechs Jahre alt sind die aktuell gültigen Richtlinien der Bundesregierung, die den Export von Waffen und Kriegsgerät in Länder verbieten, die in Kriege verwickelt sind, die Menschenrechte verletzen oder auf andere Art und Weise das Völkerrecht brechen. Ein weiteres Mal werden diese Richtlinien nun durch die amtierende Bundesregierung verletzt, indem Waffenlieferungen an Länder genehmigt wurden, die diese Kriterien erfüllen. Israel aber auch andere Länder der Region sind in Konflikte verwickelt, verletzen Menschen- und Völkerrecht. Konkret wendet sich das Bündnis gegen die Auslieferung eines Testexemplars des gepanzerten Truppentransportfahrzeugs „Dingo 2“ und den Bau und Lieferung von zwei U-Booten der „Dolphin“-Klasse an Israel. *Die Petition kann online unter www.ippnw.de/Kampagnen/ unterzeichnet werden.*

Neues Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus löst alle bestehenden Projekte auf

WURZEN. Das Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. in Wurzen kritisiert die Bundestags-Haushaltsdebatte zum Einzelplan 17. Hier wurde über die neuen Gelder in Höhe von 19 Millionen Euro für Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Bundeshaushalt beraten. Dies wurde am 1. Mai als wichtiger Verhandlungserfolg der SPD im Koalitionsausschuss von CDU und SPD medial präsentiert. Wie aber festzustellen ist, liegt das Pro-

blem im Detail. Das zuständige Referat im Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat die schon weit gediehenen bisherigen Überlegungen zur Ausgestaltung des neuen Programms ab 2007 veröffentlicht. Dabei stellt sich heraus, dass die Eckpfeiler des Programms so gestaltet sind, dass alle in den letzten fünf Jahren durch Civitas geförderten Strukturprojekte – Mobile Beratungsteams, Netzwerkstellen und besonders die Opferberatungen für Opfer rechtsextremer Gewalt – darin keinen Platz mehr finden werden. Zum anderen wird mit dem neuen Programm billiger in Kauf genommen, dass eine mehrmonatige Förderlücke entsteht, die alle Strukturen zur Kündigung ihrer Mitarbeiter zwingt, was de facto das Aus der bisherigen Maßnahmen bedeutet. Des weiteren werden die Kommunen nun zum Herr des Verfahrens, weil in der Säule 1 des zukünftigen Programms – und die ist der Schwerpunkt – nur Kommunen oder Gebietskörperschaften beantragen können und nicht wie bisher zivilgesellschaftliche Vereine. Diese Entscheidungen wurden trotz wissenschaftlicher Begleitung des letzten Programms gefällt, die zum einen die Effizienz des bisherigen Programms zum Großteil bestätigt und zum anderen betont, dass besonders die dringend notwendige Förderung der Zivilgesellschaft im überwiegenden Teil nicht von Kommunen geleistet werden kann. Darüber hinaus sind Kommunen oftmals aus unterschiedlichsten Gründen gar nicht bereit, die Probleme mit Rechtsextremismus zu benennen und einzugestehen. Weiterhin darf nicht übersehen werden, dass auch die NPD in Gemeinde- und Kreisparlamenten in Sachsen sitzt und dort alle Möglichkeiten nutzen wird, um Einfluss auf die Ausgestaltung des Programms zu gewinnen.

So erscheint der Verhandlungserfolg der SPD-Bundestagsfraktion vom Mai diesen Jahres aus heutiger Perspektive als Pyrrhussieg und die Ankündigung der CDU, dass die unter der rot-grünen

Koalition geschaffenen Strukturen gegen Rechtsextremismus abschaffenswerte Netzwerke seien, in Gänze umgesetzt. www.ndk-wurzen.de

Gedenken an verdrängte, verfolgte, ermordete jüdische Ärzte

HAMBURG. Am 13. September hat die Ärztekammer der Verdrängung, Verfolgung und Ermordung der jüdischen Ärzte im Faschismus gedacht. Nach einer Feier wurde im Eingangsbereich des Ärztehauses eine Gedenktafel enthüllt, Ärzte verlasen die Namen der ermordeten Kolleginnen und Kollegen. Schon wenige Wochen nach dem Machtantritt des Faschismus begann in Hamburg wie im ganzen Reich die Entlassung „nicht-arischer“ Ärzte aus Krankenhäusern, Universität und Gesundheitsverwaltung; in Hamburg wurden dabei mindestens 53 Krankenhausärzte entlassen. Fast parallel wurde den jüdischen niedergelassenen Ärzten die Kassenzulassung entzogen, sie gerieten zunehmend an den Rand der Existenz, weil die Patienten weg blieben. Drei Viertel der jüdischen Ärzte emigrierten in den Folgejahren, viele von ihnen konnten ihren Beruf nicht mehr ausüben. Über die, die blieben, wurde 1938 ein totales Berufsverbot verhängt, viele wurden in der Pogromnacht vom 9. November verhaftet und ins KZ Sachsenhausen verschleppt. Mindestens 39 jüdische Ärzte aus Hamburg wurden in den Vernichtungslagern ermordet, von 16 Ärzten ist bekannt, dass sie ihrem Leben selbst ein Ende setzten. Viele Jahrzehnte, bis zu Beginn dieses Jahrtausends, hat es gedauert, bis die ärztlichen Standesverbände mit der Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der Verdrängung und Verfolgung jüdischer Ärzte begonnen haben, auch damit, ihre eigene Verantwortung kritisch zu durchleuchten. Die Ärztekammer Hamburg gibt mit Spenden ihrer Mitglieder die Herausgabe eines Gedenkbuches, das im nächsten Jahr erscheinen soll.

lbhh

Denkmal für Deserteure:

KÖLN. Die Fraktion Die Linke.Köln hat für die kommende

Ratssitzung einen Antrag zur Errichtung eines Denkmals für die Opfer der NS-Militärjustiz eingebracht, das sich in die bisherigen Gedenkstätten für die Opfer der Nazi-Herrschaft eingliedern soll. Denkmale unserer Stadt prägen das Selbstverständnis der Kölnerinnen und Kölner. Sie haben nach anfänglichen pauschalen Erinnerungen an die Opfer von Krieg und Gewalt Herrschaft einzelne Widerstandsgruppen wie die Edelweißpiraten und Opfergruppen wie die Homosexuellen mit Gedenkzeichen gewürdigt. Lange hat man sich schwer getan mit dem Gedenken an Deserteure und Kriegsdienstverweigerer, die noch in den letzten Kriegsmonaten zu Tausenden oftmals ohne Verurteilung erschossen oder aufgehängt wurden. Bis heute wird ihrer öffentlich nur in wenigen Städten gedacht. „In Köln gibt es kein Denkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz“, stellte Bürgermeisterin Scho-Antwerpes anlässlich einer Gedenkveranstaltung am 27. Januar 2006 fest, die von allen demokratischen Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt Köln unterstützt wurde. Die Veranstaltung befasste sich auch mit den Biographien von Kölner Deserteuren, die die Projektgruppe „Deserteure“ im Verein EL-DE-Haus recherchiert hatte. Mindestens 300.000 deutsche Deserteure, „Wehrkraftzersetzer“ und Kriegsdienstverweigerer gab es während der NS-Herrschaft. 30.000 von ihnen wurden nach deutschem Kriegsrecht zum Tode verurteilt. Über 22.000 von ihnen wurden hingerichtet. Auch im Kölner Klingelpütz fanden Hinrichtungen von Deserteuren statt, deren Anzahl allerdings nicht bekannt ist. Fraktionsvorsitzender Jörg Detjen: „Ein solches Denkmal könnte auch bundesweit Denkanstöße geben. Es war und ist notwendig, sich Faschismus und Krieg zu widersetzen.“ Die Fraktion setzt auf eine breite Zustimmung durch alle demokratischen Ratsparteien. Fraktion Die Linke.Köln

Unsinnige Erreichbarkeitsanordnung:

DÜSSELDORF. Die ARGE Düsseldorf will die umstrittene „Erreichbarkeitsanordnung“ auch für Angehörige von Arbeitslosen komplett anwenden, obwohl selbst die Bundesagentur für Arbeit davon abrät, die Regelung „im Wortlaut“ umzusetzen. Zu entsprechenden Äußerungen des ARGE-Geschäftsführers Peter Lorch, die dieser am Freitag auf Anfrage der Linke Liste im Ausschuss für Gesundheit und Soziales abgab, erklärt Ratsmitglied Frank Laubenburg (Linke Liste Düsseldorf): Statt Langzeitarbeitslose in den Ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln, will die ARGE

Düsseldorf nun SchülerInnen, RentnerInnen und dauerhaft Erwerbsunfähige dazu zwingen, sich Ortsabwesenheit von der ARGE Düsseldorf im Vorfeld genehmigen zu lassen, wenn sie einer sogenannten Bedarfsgemeinschaft angehören. Hintergrund: mit dem Hartz-Fortführungsgesetz hat die Große Koalition beschlossen, dass „alle Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft“ der Erreichbarkeitsanordnung der Bundesagentur unterliegen und nicht nur die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Arbeitslosen. Damit müssen sich in Düsseldorf nun rund 20.000 nicht arbeitslose Personen bei der ARGE jeweils im Vorfeld genehmigen lassen, dass sie sich an einen Ort begeben, von dem aus sie nicht in eineinhalb Stunden den zuständigen ARGE-Standort erreichen können. Beispiele: Die 17-jährige Schülerin Claudia M. lebt bei ihrer arbeitslosen Mutter, beide gelten als Bedarfsgemeinschaft. In den Herbstferien will Claudia M. einen Onkel an der Nordsee besuchen. Auch sie muss sich, obwohl sie als Schülerin dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht, diese Fahrt im Vorfeld von der ARGE Düsseldorf genehmigen lassen. Der verheiratete Frührentner Peter F. wird von seiner Schwester in den Bayerischen Wald eingeladen. Da seine Frau arbeitslos ist und seine Rente nicht ausreicht, erhält das Ehepaar F. ergänzendes Arbeitslosengeld II. Peter F. muss sich nun, obwohl er als Frührentner dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung steht, von der ARGE Düsseldorf seine Reise in den Bayerischen Wald vor Fahrtantritt genehmigen lassen. Mit diesen Regelungen wird einmal mehr deutlich, worum es bei Hartz IV geht: um die Disziplinierung von Arbeitslosen und ihrer Angehörigen und um Schikanierung. Mit enormen bürokratischen Aufwand soll der Aufenthaltsort von Menschen festgestellt und vorgegeben werden, die zufällig einer Bedarfsgemeinschaft angehören. Die ARGE Düsseldorf hätte die Möglichkeit mit Verweis auf mangelnde Kapazitäten, eine nicht funktionierende Software und Interpretationsspielräume auf die Anwendung der Erreichbarkeitsanordnung faktisch zu verzichten.

sozialisten.de/politik/kommunal

Post-Grundversorgung weiterhin notwendig:

DÜSSELDORF. Auf scharfe Kritik seitens der NRW-Kommunen stößt die Forderung der Deutschen Post AG, mit dem voraussichtlichen Auslaufen des Briefmonopols Ende 2007 müsse die Verpflichtung des Bundes zur flächendeckenden und angemessenen Post-Versorgung aufgehoben werden. Bürger und Bürgerinnen müssten sich auch künftig darauf verlassen können, dass unabhängig vom Wohnort angemessene

Postdienstleistungen erbracht werden. Ansonsten würde der ländliche Raum von jeglicher Entwicklung abgeschnitten. Bereits heute – so der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, Dr. Bernd Jürgen Schneider – gebe es bei der Standortwahl für Postfilialen, Postagenturen und Briefkästen immer wieder Missstände, die oft erst nach zahlreichen Gesprächen zufrieden stellend gelöst würden. „Wie soll diese Entwicklung weitergehen, wenn der verbindliche Rahmen für eine angemessene Versorgung wegfällt?“, mahnte Schneider. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, die für immer mehr Ältere mit eingeschränkter Mobilität einhergeht, sei es unverantwortlich, vom Grundgesetz aufgestellte Schutzmechanismen für die Bürger der freien Marktwirtschaft zu opfern.

www.kommunen-in-nrw.de

DGB gegen Steuergeschenke:

FRANKFURT A.M. Durch die zum 1.1.07 von CDU und Grünen beantragte Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes von 490 auf 460 Punkte verliert die Stadt jährlich 60 Millionen Euro. Gerade die größten Nutznießer der Steuersenkung sind just auch die größten Vernichter von Arbeitsplätzen in Frankfurt wie Dresdner Bank, Deutsche Bank, Commerzbank, Allianz, Siemens etc. Der geplante Gewerbesteuerverzicht begünstigt gezielt Großunternehmen (...) Bereits 1994 stellte der damalige grüne Kämmerer Tom Koenigs fest, dass von 60.000 Gewerbetreibenden in Frankfurt nur 17.000 = 28% überhaupt Gewerbesteuer zahlten. Nur 1.000 Unternehmen = 6% erbrachten schon damals 90% des Steueraufkommens, 20 Unternehmen die Hälfte. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Der geplante Steuer-Verzicht von Schwarz-Grün übertrifft die Investitionsausgaben der Stadt für Bildung um mehr als das Doppelte. Der Antrag NR 92, der die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes vorsieht, muss zurückgezogen werden!

DGB Region Frankfurt-Rhein-Main; nach Frankfurter Info 19/06

„Gewerbesteuer nicht gefährden!“

BERLIN. Die Städte und Gemeinden verfolgen mit Sorge, dass aus der Arbeitsgruppe der Großen Koalition zur Unternehmenssteuerreform immer häufiger von Modellen berichtet wird, die auf eine schleichende Abschaffung der Gewerbesteuer hinaus laufen. „Einen Einstieg in den Ausstieg aus der Gewerbesteuer werden wir nicht akzeptieren“, erklärten heute die Präsidenten des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeister Christian Ude, München, und Bürgermeister Roland

Schäfer, Bergkamen: „Die Unternehmenssteuerreform darf die wichtigste Steuer der Kommunen nicht gefährden.“ Es sei erstaunlich, wie schnell man sich anscheinend von der Koalitionsvereinbarung weg bewege. Während dort noch von einer wirtschaftskraftbezogenen kommunalen Unternehmensbesteuerung die Rede sei, die den Kommunen insgesamt ein stetiges Aufkommen sichern solle, werde heute ganz offen davon geredet, die Gewerbesteuer zu einer reinen Gewinnsteuer zu machen. Statt also, wie vom Bundesfinanzministerium angestrebt, die Bemessungsgrundlage der Unternehmensbesteuerung zu verbreitern und Gestaltungsmöglichkeiten einzudämmen, werde inzwischen das Gegenteil erwogen. Die Gewerbesteuer sei die Gegenleistung dafür, dass die Kommunen den Unternehmen die notwendige Infrastruktur zur Verfügung stellen. „Wer die heute bestehenden ertragsunabhängigen Elemente bei der Gewerbesteuer kippen und diese Steuer damit zur reinen Gewinnsteuer machen will, der nimmt der Gewerbesteuer ihren Realsteuercharakter. Das wäre ein weiterer Schritt auf dem Weg, den Städten und Gemeinden eine eigene Wirtschaftssteuer streitig zu machen. Wer das plant, begibt sich auf einen Konfrontationskurs gegenüber den Städten und Gemeinden und fordert unseren Widerstand heraus“, sagten die Präsidenten. www.staedtetag.de

SPD-Fraktion bekennt sich zur Gewerbesteuer! BERLIN. Nachdem in den letzten Tagen häufig in den Medien zu lesen war, man habe sich in der Arbeitsgruppe der Großen Koalition zur Reform der Unternehmensbesteuerung darauf verständigt, die Gewerbesteuer zu einer reinen Gewinnsteuer zu machen, hat die SPD-Bundestagsfraktion dem nun eine Absage erteilt. In einem Schreiben an die Präsidenten von DStGB und Deutschem Städtetag wird u.a. ausgeführt: „Die SPD-Bundestagsfraktion wird nicht akzeptieren, dass dem Ziel einer einheitlichen Bemessungsgrundlage die Gewerbesteuer als Realsteuer geopfert wird. Auf diesem Realsteuercharakter basieren nicht zuletzt die Hinzurechnungs- und Kürzungsvorschriften des heutigen Gewerbesteuerrechts. Sie durch untaugliche Instrumente zu ersetzen oder gar ersatzlos entfallen zu lassen, würde die Politik der SPD-Bundestagsfraktion der letzten Jahre konterkarieren.“ Der Brief ist unterschrieben von den Abgeordneten Joachim Poß (stellv. Fraktionsvorsitzender), Jörg-Otto Spiller (Finanzpolitischer Sprecher) und Bernd Scheelen (Kommunalpolitischer Sprecher).

www.dstgb.de Zusammenstellung: ulj



ver.di

Streik an der Charité – ohne Ärzte

Seit dem 12.9. streikt an der Berliner Charité das nichtärztliche Personal. Gut 91% hatten zuvor in einer Urabstimmung dafür gestimmt. Die wesentlichen Forderungen sind:

- Wiederherstellung der Tarifbindung
- Übernahme des Potsdamer Abchlusses (4,4% seit 2003)
- Übernahme des neuen TVöD
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit (Ost-West)
- Keine weiteren Privatisierungen
- Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen

In den nächsten Tagen wird sich zeigen, ob ver.di die notwendige Kraft hat, sich als Tarifvertragspartei hier zu halten.

Der Konflikt ist auf vielfältige Weise kompliziert:

– Berlin hatte ursprünglich drei Hochschulkliniken, zwei im Westteil, die zur Freien Universität gehörten, die Charité im Ostteil der Stadt, die zur Humboldt-Universität gehörte. Relativ rasch wurde ein Klinikum der FU an die Charité verlagert. Das letzte sollte direkt nach den Abgeordnetenhauswahlen 2001 geschlossen werden. Nach massiven Protesten nicht nur der Beschäftigten gab der Senat nach. In der Folge wurde jedoch beschlossen, dass die zwei Hochschulkliniken von FU und HU zusammenge-

legt werden und zusätzlich 98 Mio. Euro einsparen müssen. Dieser Prozess brachte eine permanente Unruhe in die Kliniken, die bis heute anhält, weil durch die juristische Konstruktion viele Probleme existieren.

– Die Zusammenführung der Hochschulkliniken in Ost und West ist bis heute von einem tiefen Misstrauen zwischen den beiden „Kulturen“ beeinflusst, das nicht nur, sondern vor allem auch durch die Personalräte mit zu verantworten ist. Widerstand gegen die Politik, sei es die des Senats oder die der Hochschulleitungen und jetzt die des Charité-Vorstandes, war unter diesen Bedingungen fast unmöglich.

– Zu diesen Problemen kommt hinzu, dass es nach wie vor kein einheitliches Tarifgebiet gibt, es also in dem gemeinsamen Betrieb Charité unterschiedliche Bezahlung und Arbeitszeiten gibt.

Wie der Senat von Berlin und andere öffentliche Arbeitgeber auch ist die



Aufruf des DGB: Das geht besser. Aber nicht von allein! Für die soziale Erneuerung Deutschlands.

Deutschland sozial gestalten! Das war die Forderung der Gewerkschaften an die Parteien im Bundestagswahlkampf. Das ist und bleibt der Maßstab für die Bewertung der Arbeit der Großen Koalition. Doch vieles was die Regierung auf den Weg gebracht oder angekündigt hat, löst die Probleme nicht, sondern verschärft sie sogar.

Was ist geplant?

- Mit dem Gesundheitsfonds drohen den Versicherten weniger Leistungen, höhere Beiträge und Kopfpauschalen. Die Privatversicherungen sollen fein raus bleiben.
- Nullrunden für die Rentnerinnen und Rentner. Weitere Renten Kürzungen durch die Rente mit 67.
- Immer mehr Druck auf Arbeitslose.
- Weitere Kürzungen sind nicht ausgeschlossen, Arbeitsplätze aber nicht in Sicht.
- Es fehlen zehntausende von Ausbildungsplätzen. Nicht einmal ein Viertel der Betriebe bildet aus. Der Ausbildungspakt von Arbeitgebern und Bundesregierung hilft nicht weiter.
- Der Kündigungsschutz ist in Gefahr. Die Arbeitgeberverbände wollen die Mitbestimmung verschlechtern.
- Die Mehrwertsteuererhöhung macht das Leben der Menschen teurer.
- Gleichzeitig soll es neue Steuergeschenke für Unternehmen geben.
- So kann es nicht weitergehen. Wir müssen gegensteuern. Wir fordern eine Politik für eine soziale Erneuerung. Eine Politik, die Sicherheit, Perspektiven und Vertrauen schafft.

Demonstrieren Sie mit uns am 21.10.06 in Berlin, Dortmund, München, Stuttgart und Frankfurt.

Unsere Alternativen

- Wir wollen Gesundheit für alle Bürgerinnen und Bürger solidarisch und gerecht finanzieren – und keine Zweiklassen-Gesellschaft in den Wartezimmern und bei der Behandlung.
 - Wir wollen mehr Arbeit für Jung und Alt und eine auskömmliche gesetzliche Altersrente für alle – und keine Rente mit 67.
 - Wir wollen Löhne und Gehälter, die zum Leben reichen. Dazu gehören Mindestlöhne nicht unter 7,50 Euro – Arbeit darf nicht arm machen.
 - Wir wollen mehr Ausbildung. Firmen, die nicht selbst ausbilden, müssen durch eine Umlage an den Kosten der Ausbildung beteiligt werden. Außerdem wollen wir ein Sofortprogramm für 50.000 zusätzliche Ausbildungsangebote.
 - Wir wollen, dass Arbeitslose nicht verarmen und zu Lohndumping gezwungen werden.
 - Wir wollen Schutz vor Willkür am Arbeitsplatz und mehr Mitbestimmung in den Unternehmen – und keine Einschränkung von Arbeitnehmerrechten.
 - Wir wollen eine Steuerpolitik, die die Binnenkonjunktur stärkt und die Kapitalgesellschaften fordert – aber keine Mehrwertsteuererhöhung und weitere Geschenke für Konzerne.
- Deshalb rufen die Gewerkschaften zum 21. Oktober alle Bürgerinnen und Bürger auf: Unterstützen Sie eine Politik, die das Leben und Arbeiten der Menschen wirklich verbessert.

Charité 2002 aus den Arbeitgeberverbänden ausgetreten. Während jedoch (fast) alle anderen im Lauf des folgenden Jahres einen Haustarifvertrag abgeschlossen haben (wesentlicher Inhalt: Absenkung von Einkommen und Arbeitszeit 1 : 1, Übernahme des Potsdamer Abschlusses, u.a. 4,4 % Einkommenserhöhung), scheiterten die Verhandlungen an der Charité. Anders gesagt, haben die dort Beschäftigten seit Anfang 2002 keine Erhöhung ihrer Einkommen mehr erfahren. Bei Neuein-

erfolgslosen Verhandlungsrunden.

Während aber die nichtärztlichen Beschäftigten sich im Frühsommer solidarisch gegenüber den streikenden Ärzten zeigten, findet im Moment das Gegenteil statt. Ärzte, insbesondere Chef- und Oberärzte bedrohen streikwillige Beschäftigte, beschimpfen sie. Die existierende Notdienstvereinbarung wird missbraucht, indem unproblematische Fälle zu Notfällen deklariert werden.

Die rd. 15.000 betroffene Beschäftigten haben nach Berechnungen von ver.di bereits 21 Mio. Euro zur Sanierung der Charité beigetragen – nur durch die Nichtanwendung des BAT bzw. der nicht erfolgten Einkommenserhöhung. Regulärer Personalabbau, Arbeitsverdichtung und Privatisierung tun ein übriges, das Defizit zu verringern. Der Charité-Vorstand droht mit der Entlassung von 3.200 Beschäftigten.

Zum Wahlkampfe am Freitag hat einer der beiden zuständigen Senatoren, Flierl, ein neues Angebot für diese Woche angekündigt. Ob dies angesichts des Wahlausgangs umgesetzt werden wird (kann), bleibt abzuwarten. Viele Beschäftigte sind skeptisch und tragen gerade der Linkspartei/PDS nach, dass sie die Tariffucht der öffentlichen Arbeitgeber mitgetragen hat. *har*



stellungen wird zudem kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld mehr gezahlt und teilweise die Arbeitszeit erhöht.

Diese Situation war es auch, die – zusammen mit der Frage der Überstunden und Bereitschaftsdienste – im Frühsommer zu dem Streik der Ärzte an der Charité geführt hat, der bekanntlich zu einem Abschluss mit Gehaltserhöhungen (die Angaben differieren von 8% bis 25%) geführt hat. Jetzt haben auch die anderen Beschäftigten genug – nach 26

Diskussionsbeitrag

„Ärztenspezifischer Tarifvertrag“: – Tatsächlich ein Erfolg?

Nach Abschluss des Tarifvertrages erklärte der Bundesvorsitzende des Marburger Bundes (MB) Dr. Frank Montgomery unverblümt im Deutschlandradio Kultur: Er finde es „toll, Standespolitik zu betreiben“. Und je länger der Ärztestreik dauerte, desto mehr wurde dies auch zum erklärten Hauptziel – denn nach seiner Auffassung „kann die Gewerkschaft der Kullissenschieber doch nicht für die Schauspieler die Tarife aushandeln“ (2.8.06).

Dieses Ziel hat der MB also erreicht – und damit wohl eher einen Pyrrhussieg errungen.

Was wurde erreicht?

Anfangs ging es in den Streikankündigungen des MB noch um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und ein Ende der langen Arbeitszeiten. Damit ernteten die ÄrztInnen viel Sympathie; nicht nur bei der Bevölkerung – wer lässt sich schon gerne von einem übermüdeten Arzt behandeln? – sondern auch bei den vielen Beschäftigten der anderen Berufsgruppen in den Krankenhäusern. Je länger der Streik jedoch dauerte, desto mehr ging es nur noch um Kohle.

Der MB hat mit seinem Tarifabschluss die Grenzen der Arbeitszeit weiter gesteckt als alle anderen Tarifverträge – gleich welcher Gewerkschaft. Im ver.di-Tarifvertrag darf die tägliche Arbeitszeit im Bereitschaftsdienst maximal 13 Stunden betragen. Der MB erlaubt 18 Stunden. Der ver.di-Tarifvertrag lässt mit Bereitschaftsdiensten höchstens 56 Stunden in der Woche zu, MB 58 Stunden.

Der MB hat mehr als zwei Drittel 1:1 vom ver.di-TV übernommen. Bei der Bezahlung ist der Tarifabschluss des MB mit den kommunalen Arbeitgebern leicht besser – aber auch hier gibt es Gruppen von ÄrztInnen, die nach dem ver.di-Abschluss mehr verdienen würden als nach dem MB-TV. Die anfangs geforderte 30% Gehaltserhöhung schmolz wie Schnee in der Sonne.

AssistenzärztInnen haben gegenüber dem ver.di-TV im Durchschnitt der ersten fünf Jahre 1,4 % im Monat mehr (im vierten Jahr 3.880 statt 3.850 EUR). Nicht viel, wenn man bedenkt, dass dieser Personenkreis in der Gruppe der ÄrztInnen am härtesten herangezogen wird und vom Votum der Chefärzte in der Karriereplanung am abhängigsten ist. Dagegen hat der MB durchaus besser für leitende Oberärzte gesorgt. Wer nach zehn Jahren Facharzt und Ober-

arztstätigkeit in leitende Stellung einrückt, gewinnt 3,7% gegenüber dem ver.di-Abschluss (im 10. Jahr 6 500 statt 5 930 EUR – jeweils ohne Zahlung für Bereitschafts- und Rufbereitschaftsdienste).

Der breit geforderten „Modernisierung des öffentlichen Tarifrechts“ folgte mit dem ver.di-TV vom 1.10.2005 die Einführung eines „leistungsbezogenen Entgelts“, das ab dem Jahre 2007 zusätzlich zum Tabellengehalt an die Beschäftigten gezahlt wird. Vereinbart ein Arbeitgeber mit dem Personalrat/Betriebsrat kein Verteilungsverfahren, darf er das Geld nicht einbehalten, sondern muss es nach dem Gießkannen-Prinzip an alle Beschäftigten weitergeben. Diese Leistungszulage soll von 1% auf bis zu 6% aufgebaut werden. Der MB hat kein Leistungsentgelt vereinbart.

Krankenhäuser in finanziell prekärer Situation

Die Krankenhäuser sind von zwei Seiten in die Zange genommen: seit mehr als 15 Jahren werden Personalkostensteigerungen nicht mehr voll von den Krankenkassen refinanziert und wurden ersatzweise durch Einsparungen und Effizienzsteigerungen „erwirtschaftet“. Sichtbare Folgen im Personalkostenbereich: Im Mannheimer Klinikum musste die Bildung einer „Dienstleistungsgesellschaft“ für Reinigungsdienste hingenommen werden, um der übleren alternativen – Privatisierung – zu entkommen; Personalabbau und maßlose Arbeitsverdichtung sind an der Tagesordnung.

Die Gewerkschaft ver.di sieht sich in der Tarifpolitik unter diesen Bedingungen seit Jahren auf einer Gratwanderung zwischen angemessener Bezahlung und Beschäftigungssicherung. Und ein Ende dieser Maßnahmen ist nicht abzusehen. Die geplante Gesundheitsreform sieht für die Krankenhäuser weitere rigorose Einschnitte vor. Wenn die Eckpunkte umgesetzt werden, zahlen sie wie in den letzten zwei Jahren 1% ihres Budgets als Anschubfinanzierung für Integrationsverträge, ein weiteres Prozent als generellen Sanierungsbeitrag für die gesetzliche Krankenversicherung und 0,5% als Anschubfinanzierung für hochspezialisierte Leistungen.

Dazu kommt ab 2007 die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Dem steht eine Budgeterhöhung von unter 1% gegenüber. Unter diesen Umständen lässt sich der Betrieb so mancher Klinik nicht aufrechterhalten. Die Hälfte der bundesweit 2.100 Krankenhäuser schreibt bereits rote Zahlen. Das Mannheimer Universitätsklinikum gehört aufgrund gewaltiger Einsparmaßnahmen noch nicht dazu.

Gesundheits- und Arbeitsschutz bleibt vorrangiges Thema der -Personal- und Betriebsräte

Die Abspaltung der ÄrztInnen mit einem eigenen Tarifvertrag vom „Rest“ der Belegschaft macht die Zusammenarbeit in den Interessenvertretungen nicht wirklich einfacher. Die oberen MB-Funktionäre spotten über ver.di – Probleme wie Outsourcing von Servicebereichen belasten sie nicht. Die Krankenhausleitungen suchen nun nach Strategien, wie sie Personalkosten weiter senken können. Etliche Häuser haben bereits angekündigt, dass sie die Kosten des „ärztespezifischen Tarifvertrages“ auf die anderen Berufsgruppen umlegen wollen. Ob der Personalabbau an den ÄrztInnen spurlos vorübergeht, wird sich erst noch weisen. Manche Tätigkeiten, die bisher von dieser Berufsgruppe ausgeübt werden, lassen sich auch auf andere Arbeitskräfte verlagern. Aber nicht zum Nulltarif. Da kommt viel Kärnerarbeit auf die Personal- und Betriebsräte zu.

Auf die am 28.8.06 vom „Deutschen



Ärzteblatt“ an Herrn Montgomery gerichtete Frage nach Öffnung des MB für andere Berufsgruppen im Krankenhaus kam folgende Antwort: „Dafür spricht, dass die Ärzte in den Krankenhäusern gerade einmal 15% der Belegschaft ausmachen (wohl wahr!!!)... Allerdings sollten wir uns auch fragen, ob wir wirklich wieder in ein solches Solidaritätskorsett (!) zurückwollen, wie wir es jahrelang an der Seite von ver.di erduldet haben.“

Im „wirklichen Leben“ sind solche dummen, überheblichen Sprüche eigentlich nur peinlich. Der Betriebsrat des Mannheimer Klinikums hat verlauten lassen, sich durch solche Aussagen auch weiterhin nicht daran hindern zu lassen, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für alle Berufsgruppen entschieden entgegenzutreten.

Vielleicht wird die Streikerfahrung einige der Ärzte und Ärztinnen sogar ermuntern, von den Chefärzten – die ja schließlich Solidarität während des Streiks bekundet haben – z.B. die Einhaltung der vereinbarten Arbeitszeiten selbstbewusster einzufordern. Und dass die Präsenz einer starken, – nicht auf ÄrztInnen beschränkte – Gewerkschaft in den täglichen Auseinandersetzungen im Krankenhausalltag von Vorteil ist, wird ihnen dabei nicht entgehen.

Der Blick auf den nächsten Gehaltszettel wird nach den Erfolgsmeldungen für einen eigenen „ärztespezifischen Tarifvertrag“ eher ernüchternd wirken. Und das bei längeren (offiziellen) Arbeitszeiten als bisher. (gin)

Aus: Kommunal-Info Mannheim 19/2006

BDI verlangt niedrigeren Beitrag für Kassen. FAZ, Do. 7.9.06.

Der für den Gesundheitsfonds geplante Einheitsbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung steht für den BDI zur Debatte. Mit dem Einheitsbeitrag werden Mitglieder der Kassen entlastet, die überdurchschnittlich hohe Beiträge verlangen. Dagegen müssen die Mitglieder der Kassen mehr zahlen, deren Beitrag unter den durchschnittlichen 14,3 Prozent liegt. Der BDI verlangt deshalb, für den neuen Einheitsbeitrag müsse „nicht der Durchschnittssatz aller Kassen, sondern der Satz der günstigsten Krankenkasse als Benchmark dienen“. C. Kreklau, BDI-Hauptgeschäftsführung, sagte: „Die Kassen, die im Wettbewerb nicht mithalten könnten, müssen rasch ... dazu gezwungen werden, Zusatzbeiträge direkt von den Versicherten zu erheben.“

Wirtschaft soll durch Normenkontrollrat entlastet werden. FAZ, Do. 14.9.06.

Nach einem Gesetzesbeschluss der Koalition wird nun ein „Normenkontrollrat“ geschaffen, der über „unnötige“ staatliche Regulierung wachen soll. Die Bundesregierung wird dem Gremium ihre Gesetzesvorhaben vorlegen, die Ratsmitglieder sollen die Bürokratiekosten bewerten, die den Unternehmen durch gesetzlich vorgegebene Informationspflichten verursacht werden. Bisher weiß niemand genau, was es die Betriebe kostet, Statistiken zu führen oder Genehmigungen einzuholen. Diese Kosten sollen künftig durch den Zeitaufwand, multipliziert mit durchschnittlichen Lohnkosten, bewertet werden. Vorsitzender soll der ehemalige Wirtschaftsstaatssekretär und Bahnchef J. Ludewig sein. Im Vorstand außerdem u.a.: D. Snower, ehem. Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes, W.-M. Catenhusen, Vorsitzender der L.-Erhard-Stiftung. Aus der Wirtschaft ist überraschenderweise niemand vertreten, jedoch fordert der BDI, der Rat müsse von Anfang an den Sachverstand der Unternehmen in die Arbeit einbeziehen.

DIHK-Chef fordert von den Arbeitslosen selbstständige Qualifizierung. FAZ, Fr. 15.9.06.

Handelskammerpräsident L.G. Braun sieht kaum Erfolgchancen für die „Initiative 50plus“ des Arbeitsministers. „Ich fürchte, dass es kaum gelingen wird, damit nennenswert viele Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren“. Ein Hauptproblem sei die mangelnde Qualifikation der Betroffenen, die oft zu lange arbeitslos seien. „Ein schrumpfendes Unternehmen investiert selten in Fortbildung. Deshalb haben die Menschen, wenn sie arbeitslos werden, oft schon ein Handicap“, sagte Braun. Er forderte von den Arbeitslosen, auch in der Erwerbslosigkeit ständig auf dem Stand der Dinge zu bleiben. *Presseauswertung: rst*

Ratzingers Wort

Vorbemerkung

In der modernen Welt bewirkt das Netzwerk der internationalen Arbeitsteilung eine Überlagerung der Kulturkreise. Bekenntnisse und Religionsgemeinschaften, die auf ganz verschiedenen geschichtlichen Erfahrungen fußen und Unterschiede in der Lebensweise kultivieren, müssen nunmehr eine Koexistenz finden, dabei ist es mit einem bloßen Nebeneinander nicht getan. Alle Beteiligten sollten wissen, dass sie die anderen brauchen.

Kooperation in Politik und Wirtschaft erfordert eine Grundhaltung gegenseitigen Wohlwollens, der partnerschaftlichen Anerkennung; gesellschaftlicher Verkehr zur Erfüllung von Verträgen unter anerkannten Rechtsvorschriften braucht einen solchen kulturellen Hintergrund. Damit ist eine Schnittstelle zur Welt der Bekenntnisse gegeben, die einen Kreis von Methoden und Vorschriften kultivieren, die auch in der modernen Gesellschaft von den Individuen zur Organisation engerer Gemeinschaften, letzten Endes zur Ausgestaltung des individuellen Verhaltens benötigt werden. Insofern wirken die Bekenntnisgemeinschaften nicht nur nach innen, in ihrem eigenen Kreise. Was immer sie propagieren, es wird Kooperationsverhältnisse berühren, die gesellschaftlich bestehen. Eine interkulturelle Diskussion wird nötig, in der die Repräsentanten der Bekenntnisgemeinschaften ihre Rolle spielen. Die Ordnung der Diskurse auf diesem Feld ist vielschichtig. Es geht nicht nur um das Verhältnis von Politik und Bekenntnis, von Staat und Religion, sondern um die Förderung oder Störung des Zusammenlebens Menschen verschiedener – organisierter oder unorganisierter – Bekenntnisse im gesellschaftlichen Raum. Die Linkspartei.PDS hat in ihrem Programm zur Kennzeichnung der Ordnung dieser Diskurse den Begriff des „Achtens“ verwendet.¹ Es ist vielleicht bedeutsam, dieses Verfahren auch dann einzuhalten, wenn Repräsentanten der großen Religionsgemeinschaften das nicht tun. Eine der gefährlichsten Folgen der päpstlichen Intervention ist wohl, dass sie alle, die Stellung nehmen, anstacheln kann, ihrerseits zu eifern.

Die Intervention

Die alte Stadt Regensburg, ihre junge Universität und der von ihr eingeladene vormalige Professor und jetzige Papst Ratzinger haben gute Aussicht, miteinander in die Geschichte einzugehen als Ausgangspunkt einer neuen, auf

Unverträglichkeit angelegten Auseinandersetzung mit der geistigen Welt des Islam. Die bürgerliche Presse deutet an, dass die Umbesetzung des päpstlichen Außenamtes, die genau in die Zeit der Vorbereitung der Bayern-Reise gefallen ist, dafür verantwortlich sein mag, dass der sonst berühmt sorgfältigen vatikanischen Diplomatie der Lapsus entgangen ist. Nun hat Papst Benedikt inzwischen verlauten lassen, er habe die Muslime nicht beleidigen wollen. Alles wieder gut? Die Lektüre von Ratzingers Lehrvortrag erlaubt eine solche optimistische Prognose nicht. Das inzwischen weit verbreitete Zitat ist nämlich nicht irgendwie anekdotisch in den Vortrag eingestreut. Es eröffnet die Darstellung Ratzingers und schwingt bis zum letzten Buchstaben mit.

Ratzinger zitierte den Kaiser Manuel II mit einer provokativen Frage, die der Herrscher des bedrängten Ostroms um 1400, etwa fünfzig Jahre vor dem Fall Konstantinopels am 29. Mai 1453, an einen muslimischen Gelehrten richtet: „Zeig mir doch, was Mohammed Neues gebracht hat und da wirst du nur Schlechtes und Inhumanes finden wie dies, dass er vorgeschrieben hat, den Glauben, den er predigte, durch das Schwert zu verbreiten.“²

Ratzinger problematisiert das Kaiserwort nicht, er ordnet es weder historisch noch geistesgeschichtlich ein. Angebracht wäre es, denn in der Begründung des Christentums findet sich lange vor Mohammed Anleitung zum Einsatz staatlicher Gewalt in religiösen Fragen.

Der Kirchenvater Augustinus, gelehrter Philosoph, Bischof des zur Staatsreligion erhobenen Christentums und damit auch Richter, führt in seiner Schrift „Civitas Dei“ aus, dass die Herrscher Gewalt im Staat von der Sünde zurückhalten bzw. Sündenfälle strafen müsse.³ Es handelt sich um eine Problematik, die alle organisierten Religionsgemeinschaften in ihrer Beziehung zu Rechtssystemen klären müssen. Der Einsatz von Herrschaft und Gewalt zur Förderung des Glaubens ist die Hauptgefahr, der sie erliegen können.

Statt auf diese landauf, landab bekannte Tatsache zu verweisen, bleibt die Behauptung stehen, dass die Idee des gewaltsamen Bekehrens von Mohammed neu in die Welt gebracht worden sei. Damit hängt man der Grundstruktur des Islams Gewaltbereitschaft als exklusives Merkmal an, das ihn gerade vom Christentum unterscheiden soll. Denn Ratzinger lässt den griechischen Kaiser weiter – ohne irgendwelche Einordnung, also offensichtlich für sich – sprechen: „Wer also jemanden zum Glauben führen will, braucht die Fähigkeit zur guten Rede und ein rechtes Denken, nicht aber Gewalt und Drohung.“⁴

Dieses schöne Argument kommt beim Zuhören und Lesern unvermeidlich als

Selbstbeschreibung eines Christen an. Die ganz andere Handhabung jener Fragen durch das oströmische Kaiserreich, in dem man die Durchsetzung der rechten Lehre von Staats wegen so blutig ernst nahm, dass „die großen christlichen Kulturvölker der Syrer und der Kopten den Islam als Befreiung von Byzanz begeistert begrüßten“. So charakterisiert das wenigstens das Ostkirchliche Institut in Regensburg auf seiner Website.⁴

In der aktuellen Konfliktsituation zwischen den Westmächten und der Welt des Islam zielt der alte Text auf Delegitimierung der Gemeinschaft der Muslime, weil er andeutet, der Islam sei eine durch Einmischung von etwas Bösem entstandene Abart des Religiösen, komme schon von seinen Gründungsintentionen mit einer Grundstruktur daher, die mitbürgerliches Zusammenleben in der modernen Welt nicht duldet.

In der trivialen Welt der Realpolitik funktioniert der Text als Zuweisung der Kriegsschuld. Wenn auch der Anschein zeigt, dass Interventionstruppen westlicher Mächte in Länder des islamischen Kulturkreises bewaffnet eingedrungen sind und sie besetzen, der Ausgangspunkt des Unfriedens liegt... siehe oben.

Wenn man nun auch hoffen darf, dass die religiösen Repräsentanten der Muslime diesen Ausfall des Papstes wegstecken werden als religiöses Eifern, so werden es die Gesellschaften des Westens schwer haben, die durch das päpstliche Argumentieren verschobene Ordnung des Diskurses gerade zu rücken.

Ein Zitat aus dem Geist der Verachtung

Das kaiserliche Argument bewirkt eine Verschiebung der Problemstellung. Es wird nicht gefragt, worin die Verschiedenheit der Bekenntnisse liegen mag und welche Elemente ein Auskommen ermöglichen. Die Frage lautet schlicht: Welches Bekenntnis ist das bessere? Die Kulturgeschichte der letzten beiden Jahrtausende weist viele Belege auf, dass eine solche Fragestellung geradewegs in den Kulturkampf und tendenziell in den Bürgerkrieg führt. Tatsächlich hat die Erfahrung des Untergangs Ostroms den Zeitgenossen einen mächtigen Stoß in die entgegengesetzte Richtung, weg von der Unduldsamkeit versetzt. In der Zeitschrift „Zeitenblicke“ befindet sich ein instruktiver Aufsatz über Marsilio Ficinos (1433 – 1499), der folgert, dass unterschiedlicher Kultus- und Religionsformen möglich sind und darin möglicherweise ein wunderbarer Schmuck der Welt liege.⁵ Ratzinger hätte auf diese Tradition, die zudem ebenfalls versucht, die Welt des Glaubens mit der Welt der Logik zusammenzubringen, zurückgreifen können.

Alleinseligmachend?

Denn darum war es Ratzinger im Kernpunkt seines Vortrags gegangen. Er

wollte zeigen, dass die moderne Welt, die sozial und vor allem technisch nach Verstandesregeln konstruierte Welt ist, mit dem Phänomen des Glaubens zusammengeht. Er meint, dies geschehe auf zweierlei Weise, durch Anerkennung der mangelhaften Reichweite der in diesem Sinne technisch aufgeklärten Vernunft, und zweitens durch die glaubende Annahme eines vernünftigen und in diesem Sinne verlässlichen Gottes. Ratzingers gelehrte und unter vielen Aspekten interessante Darstellung kann nicht ausreichend wiedergegeben und interpretiert werden. Ihr möglicher Nutzen für die interkulturelle Verständigung verschwindet fast ganz, weil die Darstellung des Papstes darauf zielt, diesen Punkt exklusiv für das Christentum, eigentlich sogar für den Katholizismus und letztlich für den Katholizismus, wie er ihn meint, zu beanspruchen.

Dadurch wird die mögliche Einsicht abgeschnitten, dass die Zusammenstellung von Regeln und Annahmen, die ein Bekenntnis ausmachen, zwar nur eine von vielen möglichen Varianten ist, allen Bekenntnissen aber das Wort als Mittel der Verständigung zugänglich bleibt.

Dass Ratziger das Mittel zur Verständigung, das in jedem von Menschen ausgesprochenem Bekenntnis enthalten bleibt, für den Katholizismus exklusiv macht, ist eine böse Sache, die Zwietracht zwischen Menschen verschiedener Bekenntnis herausruft.

Es ist indessen wichtig zu begreifen, dass solche Aussagen zwar von der ganzen Öffentlichkeit bemerkt und auch kritisiert werden, aber nicht der Grundstruktur des Katholizismus zugeschrieben werden müssen, sondern als Ankündigung von Klärungsprozesse innerhalb der Bekenntnisgemeinschaft begriffen werden können, aus denen auch eine kritisch eingestellte Öffentlichkeit Nutzen ziehen kann. Dafür gäbe es übrigens in Ratzingers Äußerungen im Papstamt viele Anhaltspunkte. *maf*

1 www.sozialisten.de, Dokumente, Programm *Religionsgemeinschaften*

Die PDS setzt sich für die religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates und kommunaler Einrichtungen ein. Die PDS achtet die Glaubensüberzeugungen der Menschen als Teil ihrer Würde und tritt für die Freiheit der Religionen und ihrer Ausübung ein. Weil sozialistische Politik in der Vergangenheit in konfrontativem Denken befangen war, hat sie die Notwendigkeit des Dialogs mit den Religionsgemeinschaften, unter anderem auch mit internationalen Bewegungen religiöser Sozialistinnen und Sozialisten, unterschätzt. Eine Benachteiligung von Menschen aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen ist im Zeitalter umfassender inter-

kultureller Kontakte eine ernsthafte Gefahr für ein friedliches und demokratisches Miteinander. Die PDS fordert die politische Gleichbehandlung religiöser und weltanschaulicher Organisationen, sucht den offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit ihren Vertreterinnen und Vertretern und betont gemeinsame Werte und Ziele, die Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und die Sicherung des Friedens betreffen. Sie spricht sich entschieden gegen die Instrumentalisierung von Religionen für politische Zwecke aus. Die PDS erarbeitet Konzepte, die auf allen Feldern der Politik mit den realen Wertvorstellungen der Menschen unvoreingenommen umgehen.

2 www.kirchensite.de Vorlesung des Papstes bei der Begegnung mit Wissenschaftlern.

„In der von Professor Khoury herausgegebenen siebten Gesprächsrunde kommt der Kaiser auf das Thema des Djihad (heiliger Krieg) zu sprechen. Der Kaiser wußte sicher, daß in Sure 2, 256 steht: Kein Zwang in Glaubenssachen – es ist eine der frühen Suren aus der Zeit, in der Mohammed selbst noch machtlos und bedroht war. Aber der Kaiser konnte natürlich auch die im Koran niedergelegten – später entstandenen – Bestimmungen über den heiligen Krieg. Ohne sich auf Einzelheiten wie die unterschiedliche Behandlung von „Schriftbesitzern“ und „Ungläubigen“ einzulassen, wendet er sich in erstaunlich schroffer Form ganz einfach mit der zentralen Frage nach dem Verhältnis von Religion und Gewalt überhaupt an seinen Gesprächspartner. Er sagt: „Zeig mir doch, was Mohammed Neues gebracht hat und da wirst du nur Schlechtes und Inhumanes finden wie dies, daß er vorgeschrieben hat, den Glauben, den er predigte, durch das Schwert zu verbreiten“. Der Kaiser begründet dann eingehend, warum Glaubensverbreitung durch Gewalt widersinnig ist. Sie steht im Widerspruch zum Wesen Gottes und zum Wesen der Seele. „Gott hat kein Gefallen am Blut, und nicht vernunftgemäß zu handeln, ist dem Wesen Gottes zuwider. Der Glaube ist Frucht der Seele, nicht des Körpers. Wer also jemanden zum Glauben führen will, braucht die Fähigkeit zur guten Rede und ein rechtes Denken, nicht aber Gewalt und Drohung . . . Um eine vernünftige Seele zu überzeugen, braucht man nicht seinen Arm, nicht Schlagwerkzeuge noch sonst eines der Mittel, durch die man jemanden mit dem Tod bedrohen kann.“

3 <http://www.unifr.ch/patr/bkv/>, Augustinus, Zweihundzwanzig Bücher über den Gottesstaat, Text aus: Des heiligen Kirchenvaters Aurelius Augustinus zweihundzwanzig Bücher über den Gottesstaat. Aus dem Lateinischen übers. von Alfred Schröder. (Des heiligen Kirchenvaters Aurelius Augustinus ausge-

wählte Schriften 1-3, Bibliothek der Kirchenväter; 1. Reihe, Band 01, 16, 28) Kempten; München 1911-16. Generiert von der elektronischen BKV von Gregor Emmenegger / Ottmar Strüber, Text ohne Gewähr.

„19. Buch, 16. Von der rechten Ausübung der Herrschgewalt . . . Denn so wenig, als es Wohlwollen ist, wenn man jemand dazu verhilft, ein höheres Gut zu verlieren, ist es auch ohne Fehl, wenn man durch Schonung geschehen läßt, daß einer in noch schwereres Übel gerät. Es gehört also zu den Pflichten des Rechtlichen, nicht allein niemand ein Übel zuzufügen, sondern auch von der Sünde zurückzuhalten oder die Sünde zu strafen, damit entweder der Betroffene selbst durch Erfahrung gebessert werde oder andere durch das Beispiel abgeschreckt werden.“

4 <http://www.oki-regensburg.de/byzanz.htm>. Ostkirchliches Institut Regensburg. Das ostkirchliche Institut ist eine Einrichtung, die in Kooperation mit der katholischen Kirche betrieben wird.

„Die Politik des römischen Kaisers von Byzanz zur Einebnung von allen theologischen und völkischen Gegensätzen hatte zur Folge, daß die großen christlichen Kulturvölker der Syrer und der Kopten den Islam als Befreiung von Byzanz begeistert begrüßten. Die christliche Bevölkerung in Alexandrien zitterte, als Kaiser Manuel 646 versuchte, die Stadt von den Arabern zurück zu erobern. Er scheiterte, die christliche Bevölkerung mit Patriarch Benjamin dankte Gott und zog das arabische Joch dem byzantinischen vor.

Ein wörtliches Zeugnis haben wir vom syrischen Patriarchen Michael, als Kaiser Heraklios 626 Mesopotamien den Persern entriss und dann an die Araber verlor. Michael schreibt: ‚Heraklios schrieb ans ganze Römische Reich, daß man allen die Nase und die Ohren abschneiden soll, die nicht das Konzil von Chalzedon anerkennen, ihre Häuser seien zu plündern. Diese Verfolgung dauerte lange, viele Mönche akzeptierten die Synode und nahmen Klöster und Kirchen mit sich. Heraklios ließ keinen Rechtgläubigen zu sich vor, der sich über die Enteignung der Kirchen durch kaiserlich gewordene Mönche beschweren wollte...

Deswegen hat der Gott der Gerechtigkeit, der allein Allmächtig ist, ... aus dem Süden die Kinder Ismaels herangeführt, um uns aus den Grausamkeiten der Römer zu erlösen ... zwar haben die Araber uns die von den Römern geraubten Kirchen nicht zurück gegeben, das ist ein großer Schaden – aber es ist nicht schlimm im Vergleich zu dem Vorteil, daß wir nun frei sind von der Grausamkeit der Römer, von ihrer Verlogenheit, von ihrem Zorn ... und Ruhe haben.‘

Die koptischen und syrischen Kirchen hatten unter den Muslimen Ruhe, sie

blieben im Gegensatz zu Nordafrika stark und lebendig bis in unser Jahrhundert. Seit dem Zerfall des Osmanischen Reiches dezimieren sie Christenverfolgung und Emigration.

Die Rolle des Kaisers, die kirchliche Rolle des Kaisers macht verständlich, daß (der Bischof von Rom am Tiber leitete also eine Kirchenspaltung ein, als er einen eigenen Kaiser krönte!) Karl der Große eine Kirchenspaltung einleitete, als er 794 in Frankfurt eine Synode abhielt, um in eigener Souveränität die Fragen zu behandeln, die 787 das reichskirchliche ökumenische katholische Konzil in Nizäa entschieden hatte. Das Ende eines gemeinsamen Kaisertums für Lateiner und Griechen, für die Römer im Westen und im Osten, hatte zur Folge, daß nur noch einmal, 1439 in Florenz, ein gemeinsames Konzil zustande kam – unter dem doppelten gleichberechtigten Vorsitz des Papstes auf der westlichen und des römischen Kaisers auf der östlichen Seite.

Im Westen hatten die römischen Bischöfe mittlerweile größere Freiheiten der Kirche vom Staat erreicht als vorher, im Osten war die alte Tradition lebendig geblieben, daß der Kaiser für die Kircheneinheit zu sorgen hat.

5 www.zeitenblicke.de/zeitenblicke

5 (2006), Nr. 1 Burkhard Gladigow Europäische Religionsgeschichte seit der Renaissance. Dr. Burkhard Gladigow ist Professor für Allgemeine Religionswissenschaft und Klassische Philologie Abteilung für Religionswissenschaft, Universität Tübingen.

„Marsilio Ficinos Religionsbegriff stellt zusammen mit seinem Konzept einer dem Menschen natürlichen Religion einen Wendepunkt in der Europäischen Religionsgeschichte dar. Vor einem neuplatonischen (und stoischen) Hintergrund betont er in den unterschiedlichsten Formulierungen und Bildern die Natürlichkeit von Religion für alle Menschen: Wie das Fliegen zu den Vögeln gehört oder das Wiehern zu Pferden, gehöre der Besitz von Religion jederzeit und überall zur menschlichen Natur ... Daraus folgt dann für ihn, dass unterschiedliche Kultus- und Religionsformen möglich und wahrscheinlich sind ... In De Christiana religione verbindet er gar die universelle Verbreitung von Religion mit ihrer Vielgestaltigkeit, ... und erwägt, ob in dieser Vielfalt des Kultus nicht ein wunderbarer Schmuck der Welt liege: ... Ficinos Konzept einer ‚Natürlichkeit von Religion‘ ist nicht gegen einen Ursprung von Religion aus Offenbarung gerichtet – so wie später die französischen und englischen Deisten Vernunftreligion und Offenbarungsreligion gegeneinander stellten –, sondern verbindet die natürliche Religion mit einer Offenbarungstradition, die nun aber die traditionellen historischen Grenzen überschreitet“.

Dokumentiert: Aus der Diskussion der Linkspartei.PDS

Zum weiteren Parteibildungsprozess

Der Bundesgeschäftsführer der Linkspartei.PDS, Dietmar Bartsch, und der Beauftragte für den Parteibildungsprozess, Bodo Ramelow, wenden sich an die Basisgruppen-Organisatorinnen und -Organisatoren und an die Delegierten des 10. Parteitages der Linkspartei.PDS

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Gründung einer neuen Linkspartei in der Bundesrepublik Deutschland, die wir gemeinsam mit der Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG) in Angriff genommen haben, soll auf der Bundesebene im Sommer 2007 vollzogen sein. Eine Zeitleiste findet ihr in der Anlage zu diesem Brief. Wir treten jetzt in die entscheidende Phase des Parteibildungsprozesses ein. Zu dessen Verlauf und zur Teilhabe der Mitglieder werden Fragen auf Versammlungen gestellt, erreichen uns immer wieder Zuschriften und Anrufe. Wir wollen versuchen, auf die am häufigsten gestellten Fragen einzugehen.

1. Die Etappen der Parteibildung

Zurzeit wird in gemeinsamen Arbeitsgruppen beider Parteien an den Entwürfen der Gründungsdokumente – auf die wir noch zurückkommen – gearbeitet. Am 22. Oktober werden der Parteivorstand der Linkspartei.PDS und der Bundesvorstand der WASG zusammenkommen, um die Entwürfe für die Debatte in den beiden Parteien und in der Öffentlichkeit publik zu machen. Die Vorstände wollen sich in Erfurt treffen, wo vor fast zehn Jahren die „Erfurter Erklärung“ verabschiedet wurde, die sicher zu jenen Traditionen zählt, in denen die neue Linkspartei verwurzelt ist.

Nach der Diskussion wollen beide Parteivorstände die – dann überarbeiteten – Entwürfe der Gründungsdokumente gleich lautend als Leitansätze an ihre Bundesparteitage einreichen.

Im März 2007 (voraussichtlich am 24./25. März, alternativ am 17./18. März – wir prüfen gerade mögliche Tagungsorten) werden parallel in einer westdeutschen Großstadt tagende Bundesparteitage der Linkspartei.PDS und der WASG über die Gründungsdokumente für die neue Linkspartei beschließen.

Dem folgen Urabstimmungen in beiden Parteien, bei denen die Mitglieder über die Bildung der neuen Linkspartei auf Grundlage der Gründungsdokumente entscheiden.

Die Ergebnisse der Urabstimmungen werden beide Parteien (voraussichtlich am 15. Juni 2007) auf getrennten Parteitag zur Grundlage ihrer Beschlüsse machen. Am Tag darauf soll dann der Gründungsparteitag auf Bundesebene stattfinden, bei dem auch die Leitungs-

gremien der neuen Partei gewählt werden sollen. Die Parteitage im Juni 2007 werden in der Hauptstadt Berlin tagen. In den Ländern und Kreisen soll die Parteibildung bis Ende des Jahres 2007 vollzogen sein.

2. Die Gründungsdokumente

Entsprechend dem Parteiengesetz zählen zu den Partei-Gründungsdokumenten:

1. Die Programmatik.
2. Das Statut.
3. Die Finanzordnung.
4. Der Name.
5. Die Schiedsordnung.
6. Die Rahmenwahlordnung.

Die Entwürfe für die unter 1. bis 4. genannten Papiere bzw. Vorschläge sollen – siehe oben! – am 22. Oktober 2006 veröffentlicht werden. Die Entwürfe der unter 5. & 6. genannten Papiere, die wesentlich auf den zuerst genannten Dokumenten basieren, sollen spätestens Ende November 2006 öffentlich gemacht werden.

An den Entwürfen wird, wie gesagt, seit geraumer Zeit in von Linkspartei.PDS und WASG paritätisch besetzten Arbeitsgruppen gearbeitet. Die von uns in diese Gruppen delegierten Genossinnen und Genossen haben vom Parteivorstand die Aufgabe erhalten, sich vor allem an den in der Linkspartei.PDS beschlossenen Ordnungen und Regelungen zu orientieren, wobei das 2003 in Chemnitz beschlossene Parteiprogramm, unser Statut und die Orientierungen der Statutenkommission des 9. Parteitages besondere Bedeutung für die Bestimmung unserer Verhandlungspositionen haben.

Die größte Öffentlichkeit hat bisher die Arbeit der Programmgruppe gefunden. Sie hat im Februar 2006 „Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“ öffentlich gemacht. Diese von Linkspartei.PDS und WASG gemeinsam erarbeiteten und herausgegebenen Eckpunkte sollen der Bezugspunkt für die programmatische Debatte sein. Und das sind sie in erheblichem Maße auch geworden. In einem Brief an die Mitglieder der Linkspartei.PDS hatte Lothar Bisky im Mai dieses Jahres nachdrücklich zur Debatte der programmatischen Eckpunkte aufgerufen und dafür Vorschläge gemacht. Mit Standpunkten, Wortmeldungen und eigenen programmatisch-strategischen Papieren haben sich mittlerweile viele Einzelne, aber auch mehrere Gruppen und Zusammenschlüsse gemeldet. In zahlreichen Basisgruppen, Zusammenschlüssen, Kreis- und Landesverbänden fanden Veranstaltungen zu den Eck-

punkten und zu anderen Papieren statt. Die gemeinsame Programmgruppe arbeitet weiter an ihrem Entwurf, berücksichtigt dabei die bisherigen Diskussionen, Vorschläge und Kritiken und wird die Eckpunkte überarbeitet vorlegen. Nach abermaliger Debatte kommt die Gründungs-Programmatik zur Beschlussfassung auf die März-Parteitage 2007. Bereits jetzt ist klar – und der Begriff „Eckpunkte“ verweist darauf –, dass wir zur Gründung der neuen Partei programmatische Grundpositionen vorlegen, um so auch den Erfordernissen des Parteiengesetzes zu entsprechen. Die Programmarbeit ist jedoch damit nicht abgeschlossen. Unsere gegenwärtigen Überlegungen laufen

Zeitleiste für die Parteineubildungsphase bis 2007

30.09.2006 ProgrammKonvent in Hannover

21.10.2006 Aktionstag der Gewerkschaften

22.10.2006 Gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS und des Bundesvorstandes der WASG in Erfurt zur Verabschiedung der Entwürfe der Gründungsdokumente (Gründungs-Programmatik, Statut, Finanzordnung; Vorschlag für den Namen der neuen Partei)

01.11.2006 Diskussion der Gründungsdokumente an der Basis;

30.11.2006 Regionalkonferenzen

18./19.11.2006 Bundesparteitag der WASG

Ende November 2006 Veröffentlichung der Entwürfe für Schiedsordnung und Rahmenwahlordnung der neuen Partei

10.12.2006 bzw. 17.12.2006 Gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS und des Bundesvorstandes der WASG in Berlin zum Beschluss und zur Veröffentlichung der Leitanträge zu den Gründungsdokumenten an die parallel tagenden Bundesparteitage im März 2007

17./18.03.2007 Parallel stattfindende Bundesparteitage zur Beschlussfassung der Gründungsdokumente (oder 24.03.2007 / 25.03.2007)

30.03.2007 Urabstimmung in beiden Parteien

18.05.2007

15.06.2007 Gründungsparteitag mit Wahl der Gremien (Berlin). 1. Tag: parallele Parteitage von Linkspartei.PDS und WASG

16.06.2007 2. Tag: Gründungsparteitag der neuen Linkspartei

bis Ende 2007 Abschluss der Parteineubildung auf Länder- und Kreisebene

darauf hinaus, ein erstes Parteiprogramm im Jahr 2008 zu verabschieden.

Auch die Statutengruppe von Linkspartei.PDS und WASG hat sich mittlerweile wiederholt getroffen. In vielen Punkten wurden übereinstimmende Positionen erreicht, so zum Erwerb der Mitgliedschaft durch Eintritt, zur Existenz von Zusammenschlüssen in der neuen Partei und dazu, dass alle Gremien der neuen Partei zu mindestens 50 Prozent durch Frauen besetzt werden. Völlig unstrittig ist, dass die Mitgliedschaft in der neuen Partei unvereinbar ist mit einer Mitgliedschaft in Organisationen, die faschistisches, rassistisches oder antisemitisches Gedankengut verbreiten. Übereinstimmung besteht auch darin, dass die bisherigen Mitglieder von Linkspartei.PDS und WASG der neuen Partei nicht als Einzelmitglieder individuell beitreten werden. Wichtige Satzungsfragen sind noch in der Diskussion, so solche zur Struktur der künftigen Partei oder zum Delegiertenschlüssel. Es ist nicht auszuschließen, dass einzelne strittige Punkte letztlich auch erst durch die Parteitage zu entscheiden sind.

Wir wollen darauf hinweisen, dass weitere Fachgruppen arbeiten, zum Beispiel zu materiell-finanziellen Fragen und zu den internationalen Parteibeziehungen. Das betrifft auch die gegenwärtige und künftige Mitgliedschaft in der Partei der Europäischen Linken. Natürlich hat die Parteibildung auch gewichtige rechtliche Aspekte, wozu wir mit Fachleuten im Kontakt stehen. Heute sind noch nicht alle diesbezüglichen Fragen geklärt, das betrifft auch die Parteigründung auf Länder- und Kreisebene, wozu wir aber rechtzeitig die erforderlichen Informationen herausgeben werden. Im (Parteien)-Recht der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine eindeutig belastbaren Aussagen zum möglichen Zusammenschluss zweier Parteien. Wir haben selbstverständlich juristischen Expertenrat eingeholt, der aber nicht auf direktem Wege in politisches Handeln umzusetzen ist. Wir wollen, das ist unstrittig, eine politische Neugründung. Zugleich ist es sicher verständlich, dass wir Errungenschaften unserer Partei nicht aufs Spiel setzen können, zum Beispiel die Existenz von Fraktionen auf kommunaler Ebene, in den Ländern, im Bund und in Europa, oder auch das Bestehen und die Förderung parteinaher Stiftungen. Es ist völlig klar, dass wir auf das beachtliche personelle, materielle und finanzielle Fundament unserer politischen Arbeit nicht verzichten können, das PDS und Linkspartei.PDS seit 1990 auf- und ausgebaut haben.

3. Parteibildung und Mitgliedschaft

Für uns ist völlig unstrittig: Die Bildung der neuen Partei gelingt nur dann, wenn sie von der Mitgliedschaft getragen und

gestaltet wird. Dafür gibt es inzwischen ausreichend Belege in der Alltagspraxis. 2005 bekam die Parteibildung dort die größte Dynamik, wo Linkspartei.PDS und WASG den Bundestags-Wahlkampf gemeinsam konzipierten und führten. In diesem Jahr lässt sich Vergleichbares mit Blick auf die Mindestlohnkampagne sagen. Schließlich ist unsere Bundestagsfraktion DIE LINKE., in der Mitglieder beider Parteien und Parteiloze zusammenarbeiten, ein wahrhaftiges Referenzprojekt für die Parteineubildung. Es ist, meinen wir, müßig darüber zu meditieren, ob sich die Parteineubildung „von oben“ oder „von unten“ vollzieht. Sie muss in beiden Parteien und in der gemeinsamen Aktion passieren. Und sie kann nur bundesweit geschehen – da muss in dem einen oder anderen Verband an Tempo zugelegt, andernorts vielleicht auch einmal Geduld geübt werden.

Natürlich wissen wir, dass es auch Unzufriedenheit bezogen auf die Mitarbeit an der Gesamtkonzeption der Parteibildung und an den genannten Gründungsdokumenten gibt. Manches, das sei offen gesagt, musste bisher Spezialistinnen und Spezialisten vorbehalten sein, da denken wir beispielsweise an die Ausarbeitung eines ersten Satzungsentwurfes. Anderes, etwa die Klärung spezifischer Rechtsfragen, wird weiter die Sache von Fachleuten bleiben. Natürlich wird es auch künftig Veranstaltungen mit spezifischem Charakter geben. So wollen wir am 30. September auch gemeinsam mit linken Intellektuellen, die weder Linkspartei noch WASG angehören, auf einem „ProgrammKonvent“ in Hannover diskutieren, und müssen um Verständnis dafür bitten, das die räumlichen Verhältnisse am Tagungsort die Teilnahme nur gegen Einladung möglich machen.

Grundsätzlich jedoch gilt: Gerade die Arbeit an den Gründungsdokumenten muss in absehbarer Zeit noch konsequenter heraus aus den Fachzirkeln und wirklich zur Sache der Mitgliedschaften von Linkspartei.PDS und WASG werden. Wir möchten gerade euch, die Basisgruppen-Organisatorinnen und -Organisatoren und die Delegierten des Parteitages, nachdrücklich bitten, entsprechende Aktivitäten und Veranstaltungen mit auf den Weg zu bringen. Organisiert Möglichkeiten, dass Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten beider Parteien – möglichst gemeinsam! – über die Entwürfe für die Gründungsdokumente der neuen Linkspartei diskutieren und dafür Vorschläge machen. Bringt die Erfahrungen und die Interessen unserer Linkspartei.PDS und ihrer Mitglieder in diesen Prozess ein! Hinweise, Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zu den Entwürfen der Gründungsdokumente bitten wir an unsere Bundesgeschäftsstelle zu richten, die sie dann an die ge-

meinsamen Arbeitsgruppen übergeben wird. Es wäre gut und notwendig, dass buchstäblich die ganze Partei an diesen Papieren mitschreibt und der Vorstand ein deutliches Votum der Mitgliedschaft hat, wenn er dann diese Gründungsdokumente als Leitanträge an unseren Bundesparteitag einreicht.

Die Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG haben überdies ihre Landesvorstände gebeten, im November 2006 Regionalkonferenzen zu organisieren, auf denen über die Gründungsdokumente beraten, für sie geworben und Vorschläge für deren weitere Qualifizierung entgegen genommen werden sollen. Die gemeinsame Steuerungsgruppe beider Parteien schlägt vor, dass folgende Landesverbände gemeinsame Regionalkonferenzen durchführen:

- Bayern & Sachsen,
- Baden-Württemberg & Rheinland-Pfalz & Saarland,
- Hessen & Thüringen,
- Berlin & Brandenburg & Nordrhein-Westfalen,
- Bremen & Niedersachsen & Sachsen-Anhalt,
- Hamburg & Mecklenburg-Vorpommern & Schleswig-Holstein.

Wir müssen unbedingt noch ein Wort sagen zum Thema „Information und Kommunikation“. Bei der Dynamik, Vielschichtigkeit und Kompliziertheit des Parteibildungsprozesses ist es gar nicht einfach, stets auch die erforderliche Informiertheit zu ermöglichen. Wenn gelegentlich der Eindruck entsteht, hier würde „Hinterzimmerpolitik“ betrieben, hat das wohl auch etwas zu tun mit Schwierigkeiten und Fehlern auf diesem Gebiet. Uns ist völlig klar, dass wir mit den zentral verfügbaren eigenen Mitteln – Internet, Disput und Pressedienst – bei weitem nicht die gesamte Mitgliedschaft erreichen. Es gibt aber keine machbare Alternative dazu, euch, die ihr zum Aktiv der Partei zählt, zu bitten, ebenso Informationen in die Basis der Partei zu tragen, wie auch den Leitungen die Vorschläge und Kritiken der Genossinnen und Genossen zu übermitteln. Das umfassendste Informationsangebot steht im Internet unter www.sozialisten.de. Auf der Startseite gibt es den Verweis auf die Rubrik „Parteibildung“, in der breit zum Parteibildungsprozess informiert wird. Dort findet ihr Protokolle und Nachrichten über die Beratungen der gemeinsamen Steuerungsgruppe von Linkspartei.PDS und WASG und der gemeinsamen Fach-Arbeitsgruppen, dort sind die grundsätzlichen Beschlüsse und Vereinbarungen ebenso veröffentlicht wie diverse Diskussionspapiere.

Liebe Genossinnen und Genossen, funktionsbedingt sind wir beide viel im Land und in der Partei unterwegs. Da erleben wir hautnah, dass mit der angestrebten Parteibildung viele Er-

wartungen verbunden sind, es aber natürlich auch Befürchtungen und Ängste gibt. Lothar Bisky, unser Vorsitzender, hat auf mehreren Parteitagungen davon gesprochen, dass die Linkspartei.PDS im Zuge der Parteineubildung ihre Identität erweitern will und erweitern muss. In diesem Sinne vor allem verstehen wir die Notwendigkeit, dass sich die „alte PDS“ in diesem Prozess auch selbst verändern muss. In unserem Statut, das wir zuletzt im Juli 2005 verändert haben, charakterisiert sich die Linkspartei als „die Partei des Demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland“. Sozialismus haben wir in unserem Chemnitzer Parteiprogramm als Ziel, als Weg und als Wertesystem charakterisiert. „Sozialismus“, heißt es in diesem Programm, „ist für uns ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist.“ Es liegt an uns selbst, liebe Genossinnen und Genossen, uns in den Parteibildungsprozess mit allen unseren Kenntnissen und Erfahrungen, Fähigkeiten und Ansprüchen so einzubringen, dass in der Zukunft eine noch stärkere Kraft diesem Ziel zustrebt.

Wir wollen zu keiner Zeit vergessen, dass das Projekt einer neuen Linkspartei in der Bundesrepublik kein Selbstzweck ist. Wir wollen die Politik in diesem Land verändern – hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, zu mehr Demokratie, zu friedlicher Konfliktlösung. Wir wollen mehr Einfluss für linke emanzipatorische Kräfte, und zwar auf allen Ebenen politischen Agierens. In politischer Kooperation erzielten wir 2005 ein sehr gutes Bundestags-Wahlergebnis. Am vergangenen Wochenende erreichten Linkspartei und WASG respektable Resultate bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen und wiederholten praktisch die für uns erfolgreichen hessischen Kommunalwahlergebnisse. Wir sind zuversichtlich, dass wir uns am kommenden Sonntag über ordentliche Ergebnisse der Linkspartei. PDS in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern freuen können, wo uns zwar nicht die Landesvorstände, sehr wohl aber viele Mitglieder der WASG mit zur Seite standen. Wenn die Regierenden in diesem Land am Thema „Mindestlohn“ nicht mehr vorbeikommen, wenn sich mehr und mehr gesellschaftliche Kräfte darum Gedanken machen und dafür engagieren, so hat das viel damit zu tun, dass Mitglieder von Linkspartei.PDS und WASG sich über ein Mindestlohn-Konzept auf Parteitagungen den Kopf zerbrachen und dafür bundesweit gemeinsam auf die Straßen gingen und gehen. Erste Zeichen nur für ein realistisches Ziel: Eine andere Politik ist möglich!

Mit solidarischen Grüßen

*Dietmar Bartsch, Bodo Ramelow
Berlin, den 12. September 2006*

Bombenanschlag in Diyarbakir

Dass Presseorgane gelegentlich schlampig ermitteln und einseitig berichten, kommt immer wieder vor. Die Vielzahl der Informationsquellen – Zeitungen, Radio, Fernsehen, Internet – sorgt meist für eine gewisse Korrektur. Der hier dokumentierte Fall geht weiter: Nicht nur die „Süddeutsche Zeitung“, fast alle Medien berichteten über den kürzlichen Bombenanschlag in Diyarbakir mit den Tenor, hier hätten vermutlich „kurdische Attentäter“ zugeschlagen, absichtlich oder aus Versehen. „Selber schuld“ war der Tenor.

Kurdischen Medien blieb es überlassen, das Bekennerschreiben der wahrscheinlich Täter im Internet zu finden: Die „Türkischen Rachebrigaden“ haben sich zu dem Anschlag bekannt. Das Flugblatt des Kurdischen Volkshauses in Hamburg beruht auf diesen Recherchen. Korrekturen der falschen Berichte über Diyarbakir sucht man in den meisten Zeitungen dennoch bis heute vergeblich. *rül*

„Provokation gegen den Frieden“

Zum Hintergrund: Die Anzahl der Todesopfer des Bombenanschlags in Diyarbakir am Dienstagabend hat sich auf zehn erhöht. Darunter befinden sich sieben Kinder. Zwei weitere Verletzte sind nach wie vor in Lebensgefahr.

Zu dem Anschlag bekannten sich die faschistischen „Türkischen Rachebrigaden“ (TIT). Der Anschlag in Diyarbakir sei im Gedenken an einen kürzlich in Siirt ums Leben gekommenen Soldaten verübt worden. Zusätzlich zur Erklärung sind Fotos abgebildet, die nach TIT-Angaben den Sprengsatz vor der Explosion darstellen. Darunter steht: „Der beste Kurde ist ein toter Kurde“. In der Erklärung heißt es weiter: „Als Türkische Rachebrigaden werden wir für jeden Türken, den die PKK im Westen zum Märtyrer macht, in Diyarbakir zehn Kurden töten.“

Die TIT wurden erstmals in den 70er und 80er Jahren während der ersten Zusammenstöße der Links- und Rechtsfraktionen in der Türkei und Kurdistan bekannt. Es wird vermutet, dass die Gruppe in dieser Zeit für über 1.000 Todesfälle verantwortlich ist. ... Heute wird vermutet, dass die TIT eine Unterorganisation der „Atabeyler“ sind, einer Organisation, deren Existenz erstmalig durch den Mordanschlag auf einen türkischen Richter am 12. Mai 2006 offiziell bekannt wurde. Nach der Verhaftung des Attentäters Alparslan Aslan wurden aufgrund seiner Aussagen zahlreiche ehemalige und aktive Militärs festgenommen. ... Die weiteren Ermittlungen brachten jedoch keine Ergebnisse, da sich einige hochrangige Offiziere für „ihre Männer“ einsetzten.

Ziel der Atabeyler, ist es, einen erneuten Militärputsch in der Türkei zu provozieren.

Der Exekutivrat der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (KKK) hat ... den Anschlag als einen „terroristischen Angriff“ ... bezeichnet, mit dem die kurdische Befreiungsbewegung nichts zu tun habe. ... „Bestimmte Kräfte“, die sich „innerhalb des türkischen Spezialkriegssystems“ befinden, fürchten sich vor „Frieden, einer demokratischen Lösung und einem Dialog“. ... Auch der Kongra-Gel verurteilte am Mittwoch den Anschlag scharf und sprach den Angehörigen der Getöteten und dem kurdischen Volk sein Beileid aus. In der Erklärung heißt es: „... Dieses Attentat wurde am 26. Jahrestag des Militärputsches vom 12. September 1980 verübt. Die Tatsache, dass zudem Diyarbakir zum Ort und die Zivilbevölkerung zum Ziel des Angriffs gemacht wurde, beinhaltet eine Botschaft der Drohung und der Rache. Diese Grausamkeit zeigt, dass der Geist des 12. September 1980 in Kurdistan weitergeführt werden soll und noch immer anhält. ...“ (Flugblatt Kurdistan Volkshaus Hamburg, gek.)

„Anschlag auf die eigenen Leute“

Kurdischen Terroristen wird die Tat vom Dienstag zugeschrieben, doch bisher ist nichts bewiesen. Das Paradoxe daran: Die Bombe von Diyarbakir tötete Kurden. Und die Hoffnung auf Frieden im Land.

(Von Kai Strittmatter) Eine Bombe. Elf Tote, unter ihnen sieben Kinder. Die meisten bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Der Terror hat wieder zugeschlagen in der Türkei. Und diesmal ist das Entsetzen im Land weit größer als vor zwei Wochen, als Bomben in den Touristenorten Antalya und Marmaris drei Menschen töteten. Damals war vor allem im Ausland die Aufregung groß – die türkischen Fernseh-Nachrichten meldeten die Bomben erst an dritter oder vierter Stelle. Der Anschlag vom Dienstagabend aber beherrschte die Spitzennachrichten über den ganzen Tag hinweg. Denn Zeitpunkt und Ausmaß waren diesmal anders. Da waren die Kinder, aber auch der überraschende Tatort, der so wenig Sinn zu machen scheint: Warum die Kurdenmetropole Diyarbakir selbst? Warum ausgerechnet ein Armenviertel? ...

Bis zum Mittwochabend hatte noch keine Gruppe die Verantwortung für das Attentat übernommen. Fast alle Kommentatoren jedoch wiesen auf das Timing hin, das in mehrfacher Hinsicht bedeutsam war. Zum einen überschattete die Nachricht den Tag, an dem in Ankara eine neue Ära des Kampfes gegen die Terroristen der Kurdischen Arbeiterpartei PKK eingeläutet werden sollte: Zu Besuch war der amerikanische General im Ruhestand, Joseph Ralston – von Washington soeben zum

PKK-Sonderbeauftragten ernannt. Ralston soll gemeinsam mit seinem türkischen Gegenpart, General Edip Baser, in Ankara neue Wege der Kooperation im Kampf gegen die PKK-Basen im Nordirak ausloten.

Nicht weniger bedeutsam war das, was am Montag geschah: An diesem Tag hatte die prokurdische Partei für eine demokratische Gesellschaft, die DTP, die PKK dazu aufgerufen, die Waffen schweigen zu lassen. ... Ausgerechnet in die Friedens-Initiative der DTP und die neuen Bemühungen der Regierung hinein also platzt die Bombe. ...

(Süddeutsche Zeitung vom 14.9.2006, gekürzt)

Leseempfehlung

Aufregender „Nachtrag“

Um es vorweg zu nehmen: Karl Seidel hat sein Überangebot an Text für sein vor vier Jahren erschienen Buch „Berlin-Bonner Balance“ nicht gestrichen (Siehe: PB Nr. 10 vom 10. Mai 2002). Nein, er hatte, genau genommen, die vom Verleger einst nicht angenommenen 300 Buchseiten nur zurückgestellt. Jetzt sind sie, natürlich um des Zusammenhanges Willen, ergänzt, in einem weiteren Erinnerungsbuch erschienen.

Der Autor war bekanntlich zwanzig Jahre Leiter der Abteilung BRD im DDR-Außenministerium, so lange wie kein anderer seiner Kollegen. Ein Beleg für seine politische Unverzichtbarkeit. Seidel erweitert jetzt seine Aufzeichnungen zum deutsch-deutschen Verhandlungsprozess für die Zeit von 1974 bis 1989 mit vielen aufregenden Details.

Er war Mitgestalter und Teilnehmer an vielen Verhandlungen auf Minister- bzw. Staatssekretär-Ebene, schrieb Hunderte Entwürfe für Gesprächskonzeptionen und Kommuniqués. Als zuständiger Abteilungsleiter BRD saß er mit am Tisch bei Erich Honecker, Will Stoph, Horst Sindermann, Schalk-Golodkowski und Oskar Fischer, wenn BRD-Besucher oder auch internationalen Gäste ins Haus standen. Seidel verfasste die Gesprächsniederschriften und bereitete jeweils die Berichts-Vorlagen für das Politbüro des ZK der SED vor.

Er war auch Zeuge vieler Querelen mit sowjetischen Führungskadern, die mit der BRD-Politik der DDR absolut nicht übereinstimmten. Schon 1974 intervenierte Gromyko gegenüber Hermann Axen (Politbüro des ZK der SED) gegen die Verhandlungen der DDR mit der BRD zum Ausbau der Verkehrswege. Und als bekannt wurde, dass Honecker eine Reise nach Bonn plante, war es wieder der sowjetische Außenminister, der 1979 extra nach Berlin kam, um Honecker vom Besuch Helmut Schmidts in Bonn abzuhalten. 1980 ließ der kurzzei-

tige Generalsekretär der KPdSU Andropow durchblicken, dass die geheimen Verhandlungen der DDR zwischen den beiden deutschen Staaten von verschiedenen Ebenen der sowjetischen Führung mit großem Misstrauen verfolgt werden. Schließlich ging der Besuch Schmidts bei Honecker am Werbellinsee und vom 11. bis 13. Dezember 1981 über die Bühne. Nach mehrmaligen Interventionen der sowjetischen Seite, selbst auf der Ebene von Tschernjenko und Breschnew, hat Honecker schließlich die BRD vom 7. bis 11. September 1987 im dritten Anlauf besucht. Seine Gespräche mit Helmut Kohl wurden in der internationalen Öffentlichkeit stark beachtet. Widersprüchliche Auffassungen der beiden Politiker, vor allem in der Raketenfrage, wurden vor allem in Moskau kritisch analysiert. Zuvor, beim Aufenthalt Gorbatschows zum XI. SED-Parteitag, kam es wegen der Reisevorbereitungen Honeckers nach Bonn am 20. April 1986 zu einem erregten und kontroversen Vier-Augen Gespräch zwischen den beiden Generalsekretären.

Seidel bedient sich der Aufzeichnungen von Egon Krenz, der schrieb, dass Honecker keine Lust mehr verspürte, die Einladung Gorbatschows zum Abendessen anzunehmen. Honecker erklärte damals, dass er nach Bonn fahren werde. Gorbatschow habe das Honecker nie verziehen. Marschall Ustinow wird von Krenz zitiert: „Meinen Sie nicht, dass die Zeit Ihres Generalsekretärs abgelaufen ist?“

Der Autor beschreibt schließlich den Machtwechsel in der DDR. Er scheut sich auch nicht, die schwachen Seiten der Politik von Hans Modrow zu benennen. Es folgen seine Gedanken zum Besuch Helmut Kohls in Dresden und Modrows vom Februar 1990 in Bonn.

Nach 34-jähriger Tätigkeit im Außenministerium der DDR verließ Seidel am 12. April 1990 das Haus am Berliner Marx-Engels-Platz „sang- und klanglos“. Der mitunter Gescholtene, von seinen Gesprächspartnern in Ost und West geachtete Botschafter fand sich schließlich mit dem Kürzel „a.D.“ und einer von Bonn verordneten „Strafrente“ wegen „Staatsnähe“ ab.

Der beachtenswerte „Nachtrag“ sollte im Zusammenhang mit dem ersten Buch von Karl Seidel „Berlin-Bonner Balance“ verstanden werden. Er ist von politischer Nüchternheit, Sachlichkeit und akribischer Genauigkeit geprägt. Möglicherweise wird er Widersprüche auslösen. Seidel hat sich bemüht, möglichst objektiv zu sein. Aber „es ist nun einmal meine Sicht der Dinge“, schreibt Karl Seidel.

Franz-Karl Hitze
Karl Seidel: Nachtrag – Erinnerungen eines Beteiligten an 20 Jahre Beziehungen zwischen der DDR und der BRD / NORA-Verlag Berlin, 2006, kart., 404 S., 23,50 Euro, ISBN 3-86557-088-7

30. September. Hannover. *Programm-Konvent: Auf dem Weg zur neuen Linkspartei in Deutschland.* Freizeitheim Ricklingen, nur für geladene Gäste.

30. September / 1. Oktober. Frankfurt/Main. *8. Bundesweiter Kongress der Gewerkschaftslinken.* Gegen Entlassungen – für den Erhalt tariflicher und sozialer Standards. Perspektiven und Kampfformen. Samstag, 30. September, 11 Uhr bis Sonntag, 1. Oktober, 13 Uhr. 60329 Frankfurt/M., DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77

7. Oktober. Fulda. *Arbeitsausschuss des Forums.* 11.15 Uhr.

7. Oktober. Berlin. *Linkspartei.PDS: Beratung der Landesvorsitzenden.*

7. Oktober Berlin. *Anti-Atomkonferenz der Linkspartei.PDS.* 10 Uhr bis 16.30 Uhr, Neues Stadthaus, Parochialstraße 3, Otto-Suhr-Saal (U-Bhf. Klosterstraße). Mit Jochen Stay, Henrik Paulitz, Wolfgang Methling u.v.a., weitere Informationen: www.oekologische-plattform.de

21. Oktober. Berlin, Dortmund, Frankfurt, München, Stuttgart. *Soziale Politik? Das geht besser. Aber nicht von allein!* Protestdemonstrationen des DGB gegen die große Koalition.

3. bis 5. November, Berlin. Die LINKE führt in Zusammenarbeit mit der RLS ein *Nahost-Treffen* durch, an dem sich Linke aus Israel, Palästina und Europa beteiligen.

4. November, Hannover. *Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.*

4. November, Augsburg. *Landesmitgliederversammlung Linkspartei.PDS Bayern.*

18./19. November, Weimar. *4. Parteitag der WASG.* Mit Wahlen zum Bundesvorstand.

18./19. November, Tübingen. *IMI-Kongress: Staat im Krieg – Krieg im Staat: Wie der neue Kolonialismus den Krieg nach Hause bringt.* Veranstaltungsort: Alten- und Begegnungsstätte Hirsch, Hirschgasse 9. Mit dem diesjährigen Kongress hat sich die Informationsstelle Militarisierung e.V. zum Ziel gesetzt, Ursachen, Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen der Expansion des Militärischen in der Außen- und Innenpolitik zu analysieren. Dabei soll aufgezeigt werden, welche Auswirkungen der zunehmend militärisch abgesicherte Ausschluss großer Teile der (Welt)Bevölkerung von politischen Entscheidungen, Rechten und gesellschaftlich produziertem Wohlstand hat. Diese Entwicklungen führen zu einem uf erlosen äußeren Militarismus, ja sogar einer Wiederkehr kolonialer Ausbeutungs- und Hierarchiestrukturen. Hiermit wird die Welt in einen permanenten Ausnahme- und Kriegszustand versetzt, der wiederum die innere Verfasstheit der kriegführenden Staaten ändert.

27./28. November. Dresden. *CDU-Parteitag,* Wahl des Vorstands.

29. November. Berlin. *Wider die Tolerierung faschistischer Umtriebe.* Die Konferenz beschäftigt sich mit dem Verhältnis von deutschem Staat und Neofaschismus. Kompetente Referentinnen und Referenten setzen sich kritisch mit ausgewählten Aspekten staatlichen Handelns und der zugrundeliegenden politischen Haltung auseinander. Mit Dr. Ralf Feldmann (Richter am Bochumer Amtsgericht, angefragt): „Aktuelle juristische Probleme der Auseinandersetzung mit Neofaschismus“ • Dr. Rolf Gössner (Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte): „Das Dilemma der ‚wehrhaften Demokratie‘ am Beispiel Verfassungsschutz und NPD-Verbotsverfahren“ • Brigitte Pothmer (MdB Bündnis 90/Die

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2007	Frühj.	Bremen	Land/Kom.	13.5.	4 Jahre
	Herbst	Bremerhaven	Kommunal		4 Jahre
2008	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Hessen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Niedersachsen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
2009	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quellen: www.bundestag.de/parlament/wahltermine

Grünen): „Parlamentarische Initiativen gegen Rechts“ • Dr. Ulrich Schneider (Bundessprecher VVN-BdA): „Die staatliche Variante des Geschichtsrevisionismus“ • Frank Brendle (wissenschaftlicher Mitarbeiter von Ulla Jelpke, MdB DIE LINKE): „Traditions- und politisches Selbstverständnis der Bundeswehr“ • Bernhard Müller (Redakteur der Zeitschrift „Sozialismus“): „Der Staatsumbau und seine ideologischen Folgen“ 13.00 bis 18.00 Uhr, ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin. Eintritt: 5,00 Euro; ermäßigt 3,00 Euro. Veranstalter: VVN-BdA zusammen mit DRAFD, KFSR und Lagergemeinschaften unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

4. bis 7. Januar, Erfurt. Linke Schule. Näheres folgt.